

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 3 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnemem 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Munition aus dem feindlichen Arsenal.

Man muß stets, und namentlich in diesen Tagen, da der Wahllampf tobt, jede anständige Gelegenheit, die Gegner mit ihren eigenen Waffen zu schlagen, beim Schopf ergreifen. Es ist männiglich bekannt, daß die zünftige Wissenschaft der Arbeiterbewegung keineswegs grün ist. Um so willkommener ist es, wenn eine von der bürgerlichen Delinquenz anerkannte Autorität sich über die sozialen Streitfragen einmal unumwunden ausdrückt und dabei zu einer Aufschlüsselung gelangt, welche verdient, auch außerhalb der Fachkreise bekannt zu werden.

Der Gewährsmann, dessen Urtheil über verschiedene die Arbeiter interessirende Punkte wir im folgenden wiedergeben, ist L. Regierungsrath und ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an einer Universität. In einer Schrift, welche freilich nur für den engen Kreis der Fachleute bestimmt ist, beschäftigt er sich u. A. mit der Frage, ob die Abschaffung des Privat-Eigentums notwendig sei.

Er faßt die „Beschwerden der Arbeiter“ gegen das herrschende wirtschaftliche System in folgende Punkte zusammen:

1. Die Arbeiter können nicht vorwärts kommen.
2. Die Arbeiter werden ausgebeutet.
3. Die Arbeiter leiden unter dem heutigen anarchischen Zustande der Produktion.
4. Die Arbeit ist heute zur Waare geworden.
5. Die Arbeiter wollen arbeiten, können dies aber häufig nicht, weil ihnen die zur Arbeit erforderlichen Produktionsmittel fehlen.

Der Herr Regierungsrath erklärt von vornherein, daß diese Klagen der Arbeiter in der That ihre volle Berechtigung haben“ und bemerkt dann zu Punkt 1:

„Ihre ich nicht, so hat Schmoller in einer seiner Schriften den Ausdruck gethan, daß es den heutigen Arbeitern ergehe, wie den gemeinen Soldaten der großen napoleonischen Armeen, deren Jeder bekanntlich den Marschallstab im Tornister trug, von denen aber die Wenigsten auch nur bis zum Korporal avancierten. Dieser Ausdruck ist ungemein bezeichnend. Richtig ist es, daß heute Jeder die rechtliche Möglichkeit vor sich hat zu den höchsten Staatsämtern oder zum mehrfachen Millionär emporzukommen, aber ebenso richtig ist es auch, daß der Arbeiter, der in der Regel kaum so viel verdient, als er zum Leben unumgänglich nothwendig braucht, aus faktischen Gründen nichts ersparen kann und daher absolut außer Stande ist, zum selbstständigen Unternehmer emporzukommen. Ueberdies erfordert in der Großindustrie die Anlage eines Unternehmens so bedeutende Geldmittel (und Kenntnisse), daß es geradezu wie Hohn klingt, wenn man dem Arbeiter zuruft: sei fleißig und spare und trachte selbst Fabrikant zu werden. . . . Es ist daher leider nur zu be-

gründet, wenn der heutige Arbeiter darüber klagt, daß er durch die Macht der Verhältnisse verurtheilt ist zu bleiben was er ist — ein einfacher Fabrikarbeiter, der nicht hoffen darf, sich in eine günstigere Lage emporzuarbeiten.“

Zu Punkt 2 bemerkt er: „Drückend und hart ist die Ausbeutung, wenn der Betreffende dazu verurtheilt ist, sein Leben lang gewissermaßen die Melkkuh für seinen Herrn zu spielen und wenn ihm von den Früchten seiner Arbeit lediglich der knappe Lebensunterhalt belassen wird. Dies ist beim heutigen Fabrikarbeiter leider im allgemeinen der Fall.“

Zu Punkt 3 heißt es: „Der anarchische Zustand der heutigen Produktion, d. i. die ewigen mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederkehrenden Produktions- und Absatzkrises sind die nothwendige Folge des gänzlichen Mangels einer auch nur einigermaßen genügenden Organisation unserer Volkswirtschaft. Unsere gesammte Produktion ist eine planlose, die jeglicher einheitlichen Leitung vollständig entbehrt. . . . Daß die Arbeiter, die bei jeder Krisis befürchten müssen, entlassen zu werden, hiervon vielleicht am schwersten betroffen werden, ist bekannt.“

Zu Punkt 4, daß „die Arbeit zur Waare geworden ist, bemerkt der Herr Professor:

„Auch diese Klage der Arbeiter ist leider nur zu berechtigt. . . . Der Arbeiter verkauft tagtäglich seine Dienstleistung sowie irgend ein anderer Verkäufer seine Waare und ist infolge dessen bezüglich seiner und seiner Familie Existenz allen Schwankungen des Marktpreises unterworfen. Ist heute die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas größer als gewöhnlich, so profitirt der Arbeiter allerdings momentan, indem er für heute einen höheren Lohn erhält. Allein schon Morgen kann der Fall eintreten, daß die Geschäfte schlechter gehen, und dann muß sich der Arbeiter eine Lohnherabsetzung gefallen lassen; und wenn übermorgen gar eine Geschäftsstodung eintritt, so riskirt der Arbeiter, daß er gänzlich entlassen wird. Wird er krank oder alt und arbeitsunfähig, so wird er an die Luft gesetzt.“

Auch die unter Punkt 5 aufgeführte Klage der Arbeiter erklärt unsere Kapazität für „gegründet“.

Rur glaube man nicht etwa, daß der Mann, dessen Ansichten wir soeben wortwörtlich mitgetheilt, etwa ein verkappter Sozialist sei. Im Gegenteil! Das Buch, welchem wir dieselben entnehmen, richtet seine Spitze gegen die Sozialdemokratie und ist eine Verherrlichung der — Unternehmertartel.

Wer sich darüber genauer unterrichten will, der lese nur das Buch Seite 67 u. f. w. Es ist betitelt: „Die Kartelle. Ein Beitrag zur Frage der Organisation der Volkswirtschaft“, und hat zum Verfasser den Herrn Regierungsrath Dr. jur. Friedrich Kleinwächter, Professor zu Czernowitz.

Kleinwächter ist befangen in den abstrusesten Lehrsätzen der Vulgäroekonomie, und trotzdem ist die Gewalt der gesellschaftlichen Thatfachen, der sozialen Kämpfe, der wirtschaft-

lichen und politischen Entwicklung so gewaltig, daß sie ihn zu solchen Zugeständnissen führt. Kleinwächter hat Marx, hat Engels und Lassalle eifrig studirt und schlecht verbaut.

So sehr aber auch sein Magen sich gegen die ungemohnte Speise sträubt, etwas davon ist ihm doch in's Blut übergegangen und es transpirirt den wissenschaftlichen Sozialismus aus allen Poren. Kleinwächter ist allerdings trotz seiner Schrullen ein anständiger Mann. Strebsamen Leuten kann so etwas nicht zustoßen, und Herr Lujo Brentano, der Nachtreter und Nachfolger des Wilhelm Hütydides Koscher macht Euch in einer Viertelstunde einen Härings-salat aus Karl Marx, daß jeder Krieter seine Freude daran hat.

Wir hielten es für angemessen, unseren Freunden zur Wahlagitacion auch Schießmaterial aus dem feindlichen Lager zu liefern.

Korrespondenzen.

Paris, den 17. Januar. Die in den letzten Wochen über der französischen Politik lagernde Windstille fing an, für die Journalisten in die schlimmste saure Gurgelzeit umzuschlagen. Zum Glück war die Influenza so freundlich, ein Füllen der Blätter zu ermöglichen, und die Gesundheit der kleinen spanischen Majestät gab auch Anlaß, die Anzahl der nöthigen Zeilen herunterzureihen. Aber beide Thematia gingen allmählig an, das Publikum zu langweilen und kalt zu lassen. Es verlangte Neues und Interessantes, Herr Boulanger hatte in der letzten Zeit nicht geruht, die Welt durch Heldenthaten nach Operettenaufschnitt oder Schauerzweigen nach der Verschönerung des Kastells in Athem zu halten. Die Boulangeristen selbst waren ziemlich ruhig geworden, die in der letzten Zeit erlittenen Schläppen hatten wie kalte Douchen abkühlend und beruhigend auf sie gewirkt. Die am 12. Januar infolge von Ungültigkeitserklärungen in sechs Wahlkreisen stattgehabten Wahlen änderten die Situation durchaus nicht zu Gunsten der Boulangeristen oder der Monarchisten, welche sich mit ersterer Hilfe Stromauswärts schleppen lassen wollten. Die Wahlen zeigten umgekehrt seit dem 22. September einen geradezu verblüffenden Rückgang der boulangeristischen und ein mißliches Bedauern der monarchistischen Stimmen. In drei Bezirken gewannen die Republikaner die Sitze, welche bei den Hauptwahlen von einem Boulangeristen und zwei Monarchisten davongetragen worden waren; in zwei weiteren Kreisen wurden die invalideren monarchistischen Kandidaten mit schwacher Majorität wiedergewählt, und im letzten Wahlbezirk hängt der Entscheid von einer Ballotage ab. Am auffallendsten ist der Rückgang der boulangeristischen Stimmen in Lorient, wo seinerzeit Graf Dillon, Boulanger's Kollaborateur und ergoßulensfreund mit 9291 Stimmen gewählt worden, während am 12. Januar der boulangeristische Kandidat nur 2074 und der Monarchist 5323 Stimmen erhielt; also noch zusammen einen ansehnlichen Stimmenverlust aufwies. Unter solchen Umständen war es natürlich der boulangeristischen und monarchistischen Presse nicht gut möglich, wie sonst den Mund voll zu nehmen und mit aufgeblasenen Backen einen Sieg in die Welt zu posaunen. Dafür entschädigten sich

da kam desselben Weges ein Herr gefahren. Der sah das Schloß und dachte sich:

„Ich schneide mir's ab und mach' mir ein Querpfeifen daraus.“

Wie gedacht, so gethan. Er schnitzte sich ein Pfeifchen und begann darauf zu blasen, doch plötzlich begann dieses zu singen:

„Spiel', o Herrchen, keine Lieder,
Wecke nicht die Wunde wieder,
Brüder brachten mich um's Leben;
Ohne Zaudern, ohne Wehen
Bohrten sie ins Herz den Stahl
Und begruben mich im Sande
An der dunkeln Waldes Rande,
Wo statt Kreuzes auf dem Grabe
Diese Weichsel einzig habe
Eingepflanzt ich rauh und lahl . . .“

Der Herr erstaunte. Das Pfeifchen schrie innig und herzbrechend, er möchte doch das Spielen lassen . . .

„Wertwürdig! Wer sollte das glauben!“ hörte man sagen.

Die Augen Rastula's leuchteten wie Funken, um die eingefunkenen Lippen legte sich ein Ausdruck des furchtbarsten Entschens. Die Ellbogen auf die Knie gestützt, fuhr sie, nachdem sie die Hände aus der Verschränkung gelöst, weiter:

„Der Herr kam in das Dorf, wo die Brüder und der Vater des Edpels wohnten und da es inzwischen zu dümmern angefangen, gedachte er dort zu übernachten. In einer Hütte fand er Aufnahme. Er spannte sein Köhlein aus und sprach zu den Wirthsleuten:

„Hört einmal: ich fuhr durch diesen Wald und wie ich so herumsehau, sehe ich, daß da ein runder und hübscher Weichselstod wächst. Ich schnitt ihn ab und machte mir ein

Feuilleton.

Der Winterabend.

Novelle von Elise Orzeszko.

Rudolf's Uebersetzung aus dem Polnischen von C. Ranemann.

Ueber ihr Kind sich neigend, schloß sie: „Wohl ihm, er hat die rauhe Erde verlassen und ist ein Engelchen!“ Eine schimmernde Thräne rollte ihr über die runden, rosen Wangen und tropfte auf das blaue Wamms nieder.

In den Lärm klang die Stimme der jungen Mutter wie eine sanft angeschlagene Saite, und ihre Thräne fiel in das geräuschvolle Lachen wie der Thautropfen in die schäumenden Wellen des Baches. Der Fremde verwandte keinen Blick von Helene. Es hatte sich seiner eine tiefe Rührung bemächtigt, die Rinne seines Herzens schmolz und in seiner Brust langen Melodien, wie er sie seit langem nicht gehört. Sein Gesicht glühte in seltsamem Feuer und seinem Munde entrang sich ein Seufzer.

Der traurige Ausdruck im Antlitz der jungen Mutter hatte nicht lange angehalten. Er wich bald einem hellen Scheine, das Auge belebte sich und sie schaute vergnügt hinüber zu der lustigen Gruppe am Herde.

„Aha, Rastula wird uns ein Märchen erzählen, ein Märchen!“ rief sie freudig aus und mit einer raschen Bewegung gegen den Gast flüsterte sie ihm zu:

„Paß auf, paß auf, lieber Herr! Das Mütterchen kann wunderhübsche Märchen erzählen!“

Die Alte redete den Kopf mit der roten Binde in die Höhe und begann. Die übrigen Stimmen schwiegen; die

Mädchen begleiteten das lispelnde Gemurmel der Alten, aus dem ab und zu ein heller Laut klang:

„Es waren drei Brüder, zwei verständige und ein Edpel. Als sie erwachsen waren, sollten sie heirathen. Da fragte sie der Vater:

„Welcher von Euch, meine lieben Söhne, will zuerst ein Weib haben?“

Da erwiderte der Ältere:

„Ich, ich bin doch der Ältere.“

Der Zweite sagte:

„Für mich, Vater, wäre es auch schon Zeit.“

Und der Edpel meinte:

„Für mich wäre es sogar längst Zeit gewesen.“

„Gut,“ sagte der Vater, „nun so geht alle Drei in den Wald; wer von Euch zuerst einen Korb voll Beeren nach Hause bringt, der soll zuerst eine Frau haben.“

So gingen sie in den Wald und sammelten Beeren; daß ihnen der Schweiß nur so von der Stirne rieselte. Da traten die Geschickten zu der Dummen hin und fragten:

„Heba! Wie geht's! Ist Dein Korb bald gefüllt?“

„Ich denke ja, und hoffe bald nach Hause zurückzulehren.“

Die Beiden beneideten ihn, sie ergrimten und stießen ihm ein Messer ins Herz

„D weh!“ hörte man ächzen.

„Deshalb sollten sie ihn umgebracht haben?“ rief ein Durche ungläubig.

Das Mütterchen wiederholte kopfschüttelnd und dem Ausdruck fester Ueberzeugung.

„Ja, sie stießen ihm ein Messer ins Herz, vergruben ihn in der Erde, schütteten Sand über das Grab und setzten an jener Stelle statt einer Kreuzleins ein Weichselstod in die Erde. Kaum waren sie davon geeilt,

die beiden Parteien, indem sie sich gegenseitig mit den faulsten Wepfeln bewarfen und einander für die Niederlage verantwortlich machten. Die Allianz mit den Boulangeristen hatte die Monarchisten durch eine zu starke Dosis Republikanismus diskreditiert, und das Kartell mit den Monarchisten hatte den Ruf der republikanischen Jungfernschaft der Herren Boulangeristen arg gefährdet. Aber das Alles war nicht neu, sondern nur ein weiterer Vers zu den Vorgängen und Kommentaren des 22. September. Auch eine in der „Presse“ Boquerre's enthaltene und von Laur rapportirte Aeußerung des Verbannenen von Jersey fand kaum Beachtung, obgleich dieselbe charakteristisch genug ist, da sich dieselbe dahin zielt, daß Boulanger nach Bonaparte's Muster zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß er „aus der Legalität austreten müsse, um in das Recht einzutreten“. Alles in Allem sagte der biedere General, giebt es zwei durchaus verschiedene Phasen in der Geschichte der Nationalpartei (lies Boulangeristen). Die erste ist abgeschlossen. In ihr wollte Boulanger im Angesicht des ganzen Landes prüfen, ob bei dem aktuellen politischen Zustande eine Partei mit der nur aus der Opposition geschöpften Kraft, mit dem frei berathenen allgemeinen Stimmrecht ihre Bestrebungen, welche die des Landes seien, durchsetzen könne. Die Folge zeigte, daß dies unmöglich war. Auf alle legalen Bestrebungen, auf das Vermeiden jeglichen Gewaltkreises antworteten die Gegner durch den hohen Gerichtshof, die Verbannung, einen offiziellen Druck ohne Gleichen. Damit ist erwiesen, daß in der aktuellen Republik auf legale Weise keine Idee triumphiren kann. Wenn eine Agitation im Lande reif wird, so hat die Macht stets genügend Waffen, um die, welche die Bewegung verleiern, ins Exil zu schicken oder zu verführen. Die Theorie der öffentlichen Wohlfahrt muß herhalten, um diejenigen los zu werden, welche unbedeutend sind und Reformen wollen. Die radikale Partei wird dies noch an sich erfahren, sobald sie versucht, ihr Programm durchzusetzen.

Für den Augenblick ist die Diktatur noch in der Hand von 300 Deputirten. Schließlich aber wird sie einem „saufstarken“ Ministerium zufallen. Das ist dann die Monarchie. Dann tritt die Boulangeristische Partei in ihre zweite Phase, in der sie sich nicht mehr darum zu kümmern hat, eine Legalität zu achten, welche nicht mehr besteht, und wo sie gegen das Marschirt, was in Wirklichkeit eine verächtete Monarchie ist, um die Republik zu gründen. Dieses neueste Orakel über die Zukunft und Laetit der Boulangeristen hat kaum einen Achtungserfolg der öffentlichen Aufmerksamkeit erhalten, ein schlagender Beweis, zu welchem Schatten die Boulangeristische Bewegung zusammengesunken ist.

Um sich wieder durch einen Extraspul in den Vordergrund des Interesses zu drängen, kam die Boulangeristische Presse mit dem Gerücht hervor, der Präsident Carnot beabsichtige zum Regierungsjubiläum Leopolds nach Brüssel zu gehen, und er werde daselbst mit dem deutschen Kaiser zusammentreffen. Bezeichnend genug wollten die Boulangeristen die Nachrichten aus einer durchaus glaubhaften Quelle, nämlich aus einem deutschen Reptil aufgegriffen haben. Das Gerücht war ganz dazu geeignet, bei dem noch vielfach krankhaft empfindlichen Nationalgefühl der Franzosen die gespannteste Aufmerksamkeit zu erregen, und Zeitungen und Publikum über die sieben mageren Röhre der politischen Ereignislosigkeit hinwegzuhelfen. Das ist bis dato aber auch der einzige Erfolg gewesen, den das Auftauchen des Gerüchtes gehabt hat. Die Boulangeristen thaten zwar ihr Möglichstes, zu heizen, zu blasen, die Zeitungsenten zu einer gewichtigen Haupt- und Staatsaktion aufzubauschen, die aktuelle Regierung, sammt dem Präsidenten Carnot, wegen ihrer unwürdigen Haltung, der Stiefelkerei vor Deutschland u. s. vor das Tribunal der öffentlichen Meinung zu ziehen. Die ganze Liebesmüh der patriotischen Entrüstungskomödie war bis dato umsonst. Die bei weitem große Mehrzahl der französischen Blätter, das Publikum brachte dem Gerücht sozulogon ein rein akademisches Interesse entgegen, es erregte höchstens Neugierde und ein ungläubiges Kopfschütteln, vermehrte aber durchaus nicht die populären Leidenschaften aufzuschacheln und zu entfeuern.

Kurz und gut, die Franzosen gerietten ob des Gerüchtes durchaus nicht in Harnisch, und die maßgebendsten und einflussreichsten Blätter behandelten dasselbe als das, was es war: eine blöde Zeitungsenten. Nicht mehr Glauben fand die Behauptung der Boulangeristischen Blätter, die französische Regierung habe die auswärtige Politik in einer neuen Richtung orientirt, lasse dieselbe nicht mehr um den Schwerpunkt einer russisch-französischen Allianz kreisen, sondern strebe offenbar eine Näherung und Verhändigung mit der Tripelallianz an. Die „Cocarde“ glaubte die patriotische Hornesader durch ein maßvolles und erkundenes Interview eines ihrer Redakteure mit Spuller, dem Minister des Aeußern hoch anschwellen zu lassen. Spuller sollte erklärt haben, „daß er durchaus kein Russe sei“, daß er mit dem deutschen Botschafter genau so gute Beziehungen unterhalte, wie mit dem russischen Gesandten u. s. Aeußerungen, die ob wahr oder nicht, zur Zeit der höchsten französisch-russischen Harmonieübellei als der reinste Hochverrath, als ärgste Gotteslästerung geaulten hätten. Heute gingen dieselben so gut wie unbeachtet vorüber, brachten

höchstens die Nordpatrioten vom Schläge Déroulède's in eine billige Entrüstung. Diese Thatlage, überhaupt die Haltung der französischen Presse und Bevölkerung der albernsten Reisefrage gegenüber, hat ihre Bedeutung. Die Volkshämlichkeit der von den Patentpatrioten mit Schmalzein und Kompetenz gefeierten russisch-französischen Allianz scheint im Erblassen begriffen. Nur die Boulangeristische Presse sucht dieselbe durch lautes Geschrei noch zu galvanisiren, und Rodofort dauchruscht noch vor dem zarischen Despotismus in der eklektischsten Weise. Dafür fängt das französische Volk entschieden an, mit ruhigeren Gefühlen nach Deutschland hinüber zu blicken und einen Unterschied zu machen, zwischen dem deutschen Volk und der deutschen Regierung. Auf deutscher Seite liegt es jetzt offenbar, die Franzosen nicht, wie bis dato geschehen, durch systematische Reizung in Verbitterung, Chauvinismus und eine ungesunde russisch-französischen Allianz hineinzubringen. Allerdings ist bisher von deutschen offiziellen Kreisen, von der offiziellen und offiziellen Presse das Möglichste geleistet worden, um das gegenseitige Resultat zu erzielen. Man denke an die Grenzschreien, an die Schimpf- und Schmäharkeit der „inspirirten“ Organe, an die systematisch sein sollende Boykottung der Ausstellung seitens der deutschen Industriellen und Künstler u. s. Gerade der letzte Sommer weist in dieser Beziehung eine Thatsache auf, die, weil nur gewisse Kreise angehend, weniger an die Oeffentlichkeit trat, und die doch hoch charakteristisch ist, nach beiden Seiten hin, nach Seiten des Entgegenkommens der Franzosen und nach Seiten der ablehnenden Unfreundlichkeit der Deutschen. Während der Ausstellung fanden in Paris eine Reihe internationaler wissenschaftlicher Kongresse statt, zu dem die veranstaltenden französischen Gelehrten auch ihre deutschen Kollegen geladen, ja denselben theilweise im Voraus Ehrenämter zurtheilt hatten. So z. B. für den Kongreß der physischen Psychologie, der Anthropolgie u. s. Auf diesen Kongressen werden zum Theil nicht nur wichtige Spezialfragen, sondern auch Fragen von großem sozialen Interesse behandelt, so z. B. über die Rolle der Wissenschaft bei Verfüllung von Nahrungsmitteln u. s. Kein einziger deutscher Gelehrter ist auf diesen Kongressen erschienen. Ihre Abwesenheit illustriert noch eine dritte Thatsache, außer den angeführten: welchen Männerstolz die Gelehrten des deutschen Reichs vor Königströnen bewahrt haben, wie tief der deutsche Gelehrte in der Uniform des preussischen Unteroffiziers steckt.

Die Boulangeristische Entrüstung über die gezwungene Reise, über die veränderte Orientirung der französischen Politik fand in der übrigen Presse, zumal der republikanischen, durchaus kein Echo. In der Kammer wäre dieselbe wahrscheinlich seitens der Majorität gleichfalls unbeantwortet geblieben. Anfangs hieß es, daß der Republikaner Serville-Roache eine Interpellation in der Kammer beabsichtige, und eine solche hätte Aufschluß gegeben, wie sich die neue Kammer zur russisch-französischen Allianz verhalte. Allein Serville-Roache hat auf seine Interpellation verzichtet, und die gesammte republikanische Presse, ja die öffentliche Meinung überhaupt rechnet ihm dies als patriotisches Verdienst an, da es hiesse, dem Vaterland schlecht dienen, wenn man heisse Fragen auf die parlamentarische Rednerbühne zerze, die nur Anlaß zu internationaler Verstimmung und Reiderie bieten müßten, während Frankreich darnach zu streben habe, mit allen europäischen Mächten gute Beziehungen zu unterhalten. Die Boulangeristen heben allerdings die Arme gen Himmel und deklamiren im Brulion stülischen Entsetzen von Verrath an der Würde des Vaterlandes. Desgleichen beabsichtigen sie, wie es heißt, die Interpellation jetzt ihrerseits aufzunehmen und zu einer solchen über die gesammte auswärtige Politik der aktuellen Regierung zu erweitern ja sie münkeln sogar mit geheimnißvollen Mienen davon, daß sie in Anbetracht der so entzündenden Thatsachen, die nicht vor die Oeffentlichkeit gezogen werden dürfen, die Einsetzung einer besonderen parlamentarischen Untersuchungs-Kommission verlangen. Allein die Herren haben so oft von Enthüllungen gesprochen, daß Jedermann die Sache für einen abgemachten Witz hielt, bestimmt, einen lange schmerzlich vermischten Lamentum um den Boulangerismus zu schlagen, und denselben dadurch als größer erscheinen zu lassen, daß man ihn auf den Sockel des Patriotismus stellt. Sollte der Spektakel in Scene gesetzt werden, so wäre dies nicht nur gegen den Willen der Kammermajorität, sondern auch ohne tiefere Sympathie des Landes. Allerdings würde dann wieder seitens etlicher heißsporniger Nordpatrioten die üblichen Revanchedeklamationen gegen Deutschland und Liebesbeizeuerungen an Rußland vom Stapel gelassen werden. Wer dann wieder zuletzt lachte, das war Bismarck, dem einzig und allein mit dem französischen Chauvinismus gedient ist, und jetzt anläßlich der Wahlen in Deutschland besonders gebiend war.

Das aus einem deutschen Reptil kommende Gerücht über die beabsichtigte Reise Carnot's steht unter diesem Gesichtspunkte betrachtet einem Versuchsballon vertheilt ähnlich, der in die Luft geschleudert worden ist, um zu prüfen, ob die Strömung in Frankreich gegen eine eventuelle stärkere Reizung reagiren und dadurch die Möglichkeit liefern wird, das Gerücht

des Revanchekrieges nochmals bei den Wahlen vor dem Reichspiesbürger aufzuziehen zu lassen.

Politische Ueberflut

Für die bevorstehende Wahl ist es von Wichtigkeit, die Wähler wieder und wieder darauf aufmerksam zu machen, daß gedruckte Stimmzettel der Gegner gültig sind, wenn über oder unter denselben der Name des richtigen Kandidaten geschrieben wird. Der gedruckte Name muß aber deutlich gestrichen werden, also mit Tinte, jedoch darf der Strich so dick sein, daß er auf der Rückseite des Stimmzettels nicht zu sehen ist. Auch muß der Name des richtigen Kandidaten deutlich geschrieben sein, und nicht so dick, daß er durchscheint. Sonst könnte ein Grund zur Ungültigerklärung des Wahlscheins abgeben.

Es wird sehr gut sein, wenn die sozialdemokratischen Wahlkomitees überall auf diesen Punkt ihre Aufmerksamkeit lenken, und dafür sorgen, daß sie eine genügend große Anzahl gegnerischer Stimmzettel zu ihrer Verfügung bekommen.

In Ermangelung einer wirksamen Wahlparole werden die Kartellparteien den Schwerpunkt ihrer agitatorischen Thätigkeit in kleinere Kniffe und Pfiffe verlegen; und es unterliegt keinem Zweifel, daß der Wahlzettelkrieg am 20. Februar eine bedeutende Rolle spielen wird.

Da die Einschüchterung der Wähler ein großes Problem wird man es diesmal mit der Einschüchterung ein Detail suchen. Und wir haben Grund zu der Annahme, daß der — natürlich nicht „geheimen“ (§§ 128 und 129) — Zentralstelle der Kartellparteien an alle „Vertreter“ (ohne den §§ 128 und 129 zu nah zu treten) außerdem an alle Unternehmer in Deutschland die folgenden Ordre ergangen ist, mit aller Kraft auf die Wähler einzuwirken und, namentlich für eine Kontrolle der Abstimmungslisten zu sorgen — was natürlich nur dadurch geschehen kann, daß „freien“ Wähler Stimmzettel erhalten die sich von den sozialdemokratischen so unterscheiden, daß eine Verwechslung ausgeschlossen wird.

In den großen Städten sind solche Praktiken allerdings weniger gefährlich; desto rücksichtsloser wird auf dem Land und in den kleineren Städten Gebrauch von ihnen gemacht werden.

Also man sei auf der Hut!
Das Zentral-Wahlagitationskomitee für die Provinzen Sachsen, Thüringen und Anhalt giebt bekannt, im Wahlkreise Sömmering-Wittenberg E. Hofang-Deffert, Wahlkreise Koburg & Krüger-Halle a. S. als sozialdemokratische Kandidaten ausgeselht sind. Alle Parteigenossen im Wahlkreise werden ersucht, sofort ihre Adressen dem obigen Wahlkreise zu übersenden, damit die Wahlzettel rechtzeitig gedruckt werden können.

Das Sozialistengesetz kommt zur zweiten Lesung. Unsere gestrige Meldung aus dem Reichstage findet eine interessante Ergänzung in der „Frei. Zig.“ Dieselbe schreibt: Die zweite Beratung des Reichstages am Montag fand im Saale der Reichstagsgebäude statt. Auf dem Saale saßen mehrere preussische Minister, darunter Herrfurth und der Grafen Bismarck im Sitzungssaal. Reichstags erscheinen. Präsident von Borchow und bald darauf Herr von Bennigsen wurden zu Konferenzen mit Minister abgerufen. Gleich darauf verbreitete sich im Reichstagsgebäude das Gerücht, daß die Regierung eine Durchberatung des Sozialistengesetzes verlange und daß dieselbe am Donnerstag stattfinden soll. Bei der Feststellung der Tagesordnung des Reichstages Abg. Windthorst Veranlassung, zu fragen, wie der Reichstag über die zweite Beratung des Sozialistengesetzes beschließen würde, früher als so eilig bezeichnet worden sei. Der Präsident antwortete darauf die diplomatische Antwort, daß nach den eingegangenen Erkundigungen kein Grund vorliege, das Sozialistengesetz auf die Tagesordnung zu setzen. Er beabsichtige nach Abschluß der dritten Beratung des E. L. G., am Mittwoch oder Donnerstag, Interessant waren u. s. bei der Verhandlung zwei Diskussionsfunktionen des Reichstages v. Bötticher zu den Aeußerungen des Abg. Windthorst. Dieser verweist auf die Journalistentribüne nicht verstanden zu werden, desto mehr aber im Reichstage selbst. Als Herr Windthorst beizonte, daß man früher das neue Sozialistengesetz hätte eilig ansetzen habe, machte Minister v. Bötticher die Zwischen-

Querpfeifen draus. Glaubt Ihr mir, daß das Pfeifchen singt? Mein Leben lang habe ich so etwas nicht vernommen. Nimm das Querpfeifchen, Alter, und spiel drauf!

Der Bauer ergriff das Pfeifchen und kaum hatte er zu blasen begonnen, sang es:

Spiel, o Vater, keine Lieder,
Wede nicht die Wunde wieder;
Brüder brachten mich um's Leben;
Ohne Zaudern, ohne Wehen
Bohrten sie ins Herz den Stahl
Und begruben mich im Sande
An des dunkeln Waldes Rande,
Wo statt Kreuzes auf dem Grabe
Diese Weichsel einzig habe
Eingepflanzt ich, rauh und lahl.

Der Alte erlebte und erschrak, wie der Herr erschrocken war, und reichte das Pfeifchen den Söhnen. Und als diese spielen wollten, ertönte es wieder:

Spielt, o Brüder, keine Lieder,
Wedet nicht die alte Wunde,
Ihr ja brachtet mich um's Leben;
Ohne Zaudern, ohne Wehen
Bohrtet ihr ins Herz den Stahl
Und begruben mich im Sande
An des dunkeln Waldes Rande,
Wo statt Kreuzes Ihr gepflanzt
Diese Weichsel rauh und lahl.

„Da lam an den Tag, was geschah. Man ging hinaus in den Wald zu der Unglücksstätte und fand befähigt, was das Pfeifchen gesungen.“

Die Brüder wurden dem Gerichte überliefert und in den Kerker geworfen.“ Die Alte schwieg. Niemand ergriff das Wort, die Spinnräder drehten sich langsam, fast geräuschlos, man hörte nur zuweilen einen leisen Seufzer aus dem Munde eines Mädchens. Es war, als hätte das schaurige Mädchen blutige Wespennester in die Stube hergezauert, welche die Herzen der Anwesenden bedrückten und sie der Sprache beraubten. Nur der immer froh gelaunte, tropzige Alexy lächelte spöttisch, indem er Damian zuraunte:

„Die Weiber schlattern wieder vor Furcht. Warte, nun will ich ihnen erst einen Heidenpreden einjagen.“

Er schlich nach dem Hausflur und stürzte nach einer Weile brüllend in die Stube zurück:

„Zu Hilfe, Leute! Um Gotteswillen zu Hilfe! Bonk ist da! Der Räuber Bonk, Ihr wißt ja . . . er hat das Messer geklaut!“

Die Mädchen schrien wie besessenen und duckten sich auf ihre Spinnräder nieder, Christine selber suchte zusammen und blickte ängstlich auf die noch kleinen Mädchen, die zu ihren Füßen saßen. Hans versteckte sich hinter dem breiten Rücken des Vaters. Einzelnen Burschen war es auch nicht recht geheuer, aber man kam gleich darauf, daß Alexy sich einen schlechten Scherz erlaubte hatte und lachte darob. Die ernste Christine aber war ärgerlich darob geworden.

„Laß solche Dummsheiten bleiben, Alexy!“ rief sie dem Bruder ihres Mannes zu. „Weißt Du nichts Vernünftigeres anzugeben, als uns derart zu schrecken? Schäm' Dich doch!“

Die Beruhigung wollte doch nicht ganz wiederkehren. Man merkte wohl, daß alle Anwesenden von Bonk gehört und von ihm gesprochen hatten. Die Burschen hatten die unheimliche Geschichte vom Markte heimgebracht. Hanukka preßte die Hand ans Herz.

„Wie es doch geht, ich kann mich nicht beruhigen!“ stammelte sie, mühsam nach Fassung ringend. Die große Uana wischte sich den Angstschweiß von der Stirne ab und von allen Seiten hieß es vorwurfsvoll:

„Alexy, Alexy, wie tonnst Du uns auf solche Gedanken bringen! Es war doch genug an dem, was man darüber gehört. Er wird noch früh genug zu uns kommen, dieser Bonk, dieses Scheusal.“

„Ja, der wird uns freilich besuchen! Du, hu! Und ein scharfes blühendes Messer mitbringen!“ lachte der junge Bauer in tolem Uebermuth.

Abermal's lautes Schallen.
„So hör' doch endlich damit auf, sag' ich Dir!“ rief Christine, stampfte mit dem Fuße auf und das Spinnrad in eine raschere Bewegung setzend, fügte sie hinzu: „Singen wir lieber, Rädel.“

Sie hatte eine helle, wohlklingende Spinnerrhythmus zu ihrer schönen Gestalt paßte. Jeder wußte auch, daß sie noch immer sehr gern sang, obwohl sie bereits seit dem zehnten Jahre verheirathet war. Einen langen, feinen Pfeifen aus dem Spinnraden ziehend, stimmte sie eine ernste, schmerzliche Melodie an:

Sagt, meine Dachslein, sagt, meine lieben,
Warum denn wollt ihr den Pflug nicht mehr zieh'n?
Sagt mir, ihr Feen, sagt mir die Wahrheit,
Warum denn wollt meine Jahre so flieh'n?

Ein Chor von glodenhellen, reinen und klaren Stimmen und falschen Stimmen sang in gedehnten Rhythmen Refrain:

Wenn Deine Dachslein das Wiesengras hätte,
Würden gewiß auch die Flur sie bebau'n;
Wenn Deine Jahre den Kummer nicht kennen,
Würden gewiß auch dem Glücke sie trau'n.“

In eigenthümlichen, bald mächtig anschwellenden, leise verklingenden Akkorden schwebte das Lied durch schwüle Luft der Stube, begleitet von dem monotonen Schnurr der Spinnräder. Die Fäden schimmerten goldig Lichtkreis des Feuers, die buntenfarbigen Glasperlen Nieder der Mädchen blühten und die Zigaretten, blauliche Rauchwolken am Herd zerfloßen, glühten zitternde Lichtfunken im Schatten auf. Aus dem Licht des raucherfüllten Raumes tauchten rothe Wangenköpfe mit zerzausten Haaren und funkelnden Augen.

Die zwei Mädchen zu Christines Füßen streckten die nackten Beinchen gegen das flammende Feuer, während die blonden Köpfe auf den Knien der Mutter ruhten. Die rothe Kopfbinde Kapula's flatterte eine Zeit lang und her, bis sie am Rande des Herdes niedersank. Alte schloß ein.

In demselben Augenblick schlug der alte Mikula, allein und schweigend an der Wand seine Pfeife gegen die Augenlider auf, als habe ihn das Lied aus einem Traum geweckt, und sein Blick richtete sich nach der gegenüberliegenden Wand, wo er erstaunt und bestürzt auf Punkte haften blieb.

(Schluß folgt.)

bemerkung, de
30. September
aufwärts, wie
werden solle,
Erstellen läch
wird auf der
unter allen Un
werden würde
behandlungen so
kanten.
Das Art
daß bedruckte
gedruckte Name
über oder unter
geschrieben wird.
gestrichen werden,
so dick sein, daß
ist. Auch muß der
geschrieben sein,
könnte einen Grund
abgeben.
Es wird sehr gut
Wahlkomitees über
lenken, und dafür
gegnerischer Stim
In Ermangelung
Kartellparteien den
in kleinere Kniffe
Zweifel, daß der
tende Rolle spielen
Da die Einschüchter
wird man es dies
suchen. Und wir ha
der — natürlich n
Zentralstelle der
„Vertreter“ (ohne
außerdem an alle
Ordre ergangen ist
wirken und, nament
sorgen — was nat
„freien“ Wähler S
demokratischen so
schlossen wird.
In den großen St
weniger gefährlich
Land und in den
macht werden.
Also man sei auf
Das Zentral-Wahl
vint Sachsen, Thür
im Wahlkreise S
Wahlkreise Koburg
tische Kandidaten
Kreisen werden ers
Halle a. S., Große
blätter werden um
Das Sozialistenge
Unsere gestrige M
effante Ergänzung
Lause der Dienarh
Reichstagsgebäude
sah bald darauf m
Herrfurth und den
Reichstags erschei
auf Herr von Benn
abgerufen. Gleich
Gericht, daß die R
Stengesetz verlange
ginnen soll. Bei d
Abg. Windthorst V
über die zweite Be
früher als so eilig
darauf die diplom
Erkundigungen ke
auf die Tagesordn
nach Abschluß der
Mittwoch oder Don
Verhandlung zwei
v. Bötticher zu de
vielleicht von der
desto mehr aber i
beizonte, daß man
eilig ansetzen habe
Berlin entlich
schen lassen
gegen die Wunde
Grund d
Wenn die
vor Alexy
Wider-Benn
Ein Ref
Jahrhund
ber: Um d
den, beh
Bourgeoisie,
eine sozial
Agitation i
gehen. Un
Land nun b
hervorragend
Wahlkreise
Werte über
er sich auch
vergnügliche
zusammenfällt.
allgemeinen
Worte von d
Wunde und
Wass dient
Reichthümer
weile, und
wähiger A
sich vernün
bringen.
Es ist ein R
Wahlkreise
des Dritten
der proletar
darauf ant
Dern in die
die Sten
Anabhängig
Reim des U
so embpant
ist es klar,

bermerkung, daß das geltende Sozialistengesetz doch erst am 30. September ablaufe. Als dann Abg. Windthorst die Frage aufwarf, wie lange der Reichstag noch beisammen gehalten werden solle, trotz der bevorstehenden Wahlen, bemerkte Se. Excellenz lächelnd: „Bis zur Erschlaffung.“ Im Reichstag wird auf der einen Seite angenommen, daß die Verhandlungen unter allen Umständen bis zum Sonnabend zu Ende geführt werden würden, während Andere meinen, daß sich die Verhandlungen sogar noch bis in die nächste Woche hineinziehen könnten.

Das Urtheil über die dem Reichsanzeiger beigelegte Denkschrift über die Verhältnisse der Kohlengrubenarbeiter ist in der unabhängigen Presse, soweit bis jetzt kritische Betrachtungen vorliegen, ein durchaus ungünstiges. So schreibt die „Westfälische Zeitung“: „Ein klassisches Beispiel von der Unzulänglichkeit der parlamentarischen Bürokratie zur Prüfung und Darstellung der Arbeiterverhältnisse ist die soeben im Reichsanzeiger erschienene, 114 Seiten umfassende Denkschrift.“ Derartige Untersuchungen sind in England, wo sie von dem Parlament veranlaßt werden, für jeden Forscher eine Fundgrube des reichsten Materials; man erhält dort die Urchrift aller Aussagen, und alle vernünftigen Personen haben getreulich die Wahrheit zu sagen wie vor dem Richter. An der vollendeten Unparteilichkeit jener englischen Berichte zweifelt doch Niemand. Auch an der Unzulänglichkeit derselben läßt man sich nicht. Wer ein Interesse an der Sache hat, muß schon Spreu und Weizen sondern. Wie anders die preussische Denkschrift! Die ganze Untersuchung hat in den Händen von Beamten erucht, noch dazu von theilweise solchen Beamten, welche der Arbeiterfrage nichts weniger als ohne Voreingenommenheit gegenübersehen. Daß sie sich selbst für ganz unbefangene und unparteiisch ansehen, wer will es leugnen? Auch ihren guten Glauben wird Niemand bestreiten. Aber unwillkürlich hört das Ohr tendenziös, sieht das Auge tendenziös und schreibt die Feder tendenziös. „Tendenz“, das ist das Wort, das über dieser Denkschrift steht, die nicht einmal das Material einfach wiedergibt und das Urtheil dem Leser überläßt, sondern den Altentwurf „verarbeitet“. Denn „eine Verfertigung des gesammten Altentwurfes erscheint an sich schon aus dem Grunde nicht zweckdienlich, weil der sehr erhebliche Umfang desselben die Würdigung der Untersuchungsgegenstände erschweren mußte.“ Das ist sehr fürsorglich, aber ebenso überflüssig, beiläufig auch so wenig stichhaltig wie die meisten wohlfeilen Rechtfertigungsgründe dieses Verfahrens. Die ähnlichen Bindungen hat man die „Bearbeitung“ der Berichte der Fabrikinspektoren verteidigt, bis man deren Wortlaut doch veröffentlichte. Aber noch mehr, die Berichte über die Verhältnisse der Bergarbeiter sind von Ministerialkommissionen nicht nur ausgedruckt worden, diese Herren haben auch für sich gehalten, ihre eigene Würdigung der Untersuchungsgegenstände überall einzuflechten und daher dem Leser die Mühe des persönlichen Urtheils zu ersparen, die in der Denkschrift enthaltenen Beurteilungen tatsächlicher Verhältnisse kennzeichnen sich als die Auffassung dieser letzteren Kommissionen, heißt es in der Denkschrift. Von der Art dieser Würdigung giebt ein Beispiel, auf welches wir uns heute beschränken wollen, eine Darstellung. Es ist von den Röhren im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Rede. Im Monat März 1889 haben von der gesammten Belegschaft verdient 7,1 pCt. 4 M. und darüber, 13,3 pCt. 3,50—4 M., 24,2 pCt. 3—3,50 M., 19,8 pCt. 2,50—3 M., 23,1 pCt. 2—2,50 M., 7,5 pCt. 1,50—2 M. Die „Kommissionen“ berichten selbst, daß verschiedenlich geklagt werde, ein Hauer mit einem Lohn von höchstens 2,70 Mark könne bei harter Familie nicht auskommen. Und was sagt man der Bericht? „Den näheren Beweis für die Behauptung, daß die Löhne zum Lebensunterhalte nicht ausreichen, sind die Arbeiter schuldig geblieben, und es haben die Vernehmungen kein Material nach der Richtung ergeben, daß bei einem Theil der Belegschaften oder gar bei der Gesammtheit ein Rothstand geherrscht habe.“ Alsdann warnen die „Kommissionen“ vor „Ausfahrungen“ und fahren fort: „Uebrigens liegt für eine Erhöhung des Lohnes der jüngeren Arbeiterklassen (Schlepper) am allerwenigsten eine dringende Veranlassung vor.“ Es sei nicht zu bezweifeln, daß denselben schon vor dem Auslande die Lohnsätze eine Lebenshaltung ermöglicht haben, welche Anordnungen hervorgebracht habe.“ (!) Dagegen behaupten die „Kommissionen“, wiewohl sie gehen, die finanzielle Lage der Bergwerksbesitzer nicht zu kennen, es sei gewiß, daß diese Besitzer von der Kohlenbearbeitung im vorigen Frühjahr nicht in dem Maße profitirten, als in der Erhöhung der Börsenkurse schon damals zum Ausdruck kam; ein Rückgang der Kohlenpreise dagegen werde die Lohnsätze wesentlich beeinflussen, obwohl selbst in den schlechtesten Zeiten die Bergwerksbesitzer bei den Lohnherabsetzungen „bei einem noch verhältnißmäßig hohen Satze zum Vortheil der Arbeiter Halt gemacht.“ Aus dieser Behandlung der Untersuchung kann man die ganze Richtung der „Denkschrift“ erkennen. Wir haben uns über diese Untersuchung niemals einer Täuschung hingegeben. Die Denkschrift aber übertrifft alle Befürchtungen. Sie läßt an Unbefangenen alles zu wünschen übrig.

Für Stöcker müssen die Nationalliberalen in Siegen antreten, so hat, wie die „Kreuz-Zeitung“ soeben triumphierend berichtet, die Zentralleitung der nationalliberalen Partei in Siegen entschieden. Sie hat nach Siegen die Mittheilung ergehen lassen, das Vorgehen der dortigen Nationalliberalen gegen Stöcker sei mit dem Kartell nicht vereinbar. Sie könnten auf Grund dieses sich nicht weigern, Stöcker zu wählen. — Wenn sich dies wirklich so verhält, so kennzeichnet sich damit vor aller Augen das Kartell als die große Verdrückerung Stöcker-Bennigens.

Ein Beschwörer des Achtstundentages im vorigen Jahrhundert. In einem amerikanischen Arbeiterblatte lesen wir: „Am den Mangel an stichhaltigen Argumenten zu vermeiden, behaupten die journalistischen Klopffeder der Bourgeoisie, die Forderung des Achtstundentages sei eine sozialistische Erfindung, und bei der ganzen Agitation in dieser Richtung sei es nur darauf abgesehen, Anzufriedenheit unter den Arbeitern zu erwecken. Und nun hat Jemand herausgefunden, daß bereits einer der berühmtesten Gelehrten des vorigen Jahrhunderts, der Philosoph Helvetius, jene Forderung aufgestellt hat. In seinem Werke über den Menschen und dessen Erziehung“ beschäftigt er sich auch mit der sozialen Reform. Er findet, daß ein richtig abgemessenes Eigeninteresse mit dem allgemeinen Interesse zusammenfällt. Nun ist aber nichts mehr im Streit mit dem allgemeinen Interesse, wie eine große Masse Proletariat, die nicht von der Gnade der Besitzenden abhängen. Es ist also Zweck und Zweck der Gesetzgebung, solchen Unheil zu wehren. Dazu dient die Verkürzung der Anheftung aller großer Reichthümer. „Es bestehen nur zwei Klassen, diejenigen der Reichen, die im Ueberfluß, aber auch in Vangeligkeit leben, und diejenigen der Armen, welche unter übermäßigem Arbeit leben.“ Um die überflüssigen Sätze aufzuheben, empfiehlt er: „Laßt sie nur stieben bis achi Stunden arbeiten.“ Helvetius, so sieht man, war nicht ein kalter Philosoph, sondern auch ein praktischer Gelehrter. Einer der wahrhaft großen Ideologen der Revolution des „Dritten Standes“, hatte er schon so viel auch vom Geiste der proletarischen Erhebung vorweg genommen, daß es ihm gegen der Gleichheit und Humanität aus dem Gebiet der schönen Wissenschaft vor, daß politische Freiheit ohne ökonomische Reim des Unterwegs birgt. Schon ihm, bei dem damals noch so embryonalen Entwicklungsstande der modernen Industrie, ist es klar, daß unregelmäßige, schrankenlose Arbeitszeit unvermeid-

lich diese zwei Wirkungen erzeugt; Anhäufung von Reichtum in immer weniger Händen, neben fortschreitender Verelendung der arbeitenden Massen. Und schon ist er überzeugt, daß der hierdurch bedingte Interessenwiderstreit die Zivilisation mit innerem Verfall bedroht; deshalb befürwortet er schon, bevor der Kapitalismus seine Zähne gezeigt: Verkürzung der Arbeitszeit auf 7, höchstens 8 Stunden. Aber Helvetius kannte die Menschen, und darum begriff er, daß die Erfüllung seiner Forderung nicht so bald erfolgen würde. Er fragt: „Aber in welchem Lande Europa's ist die Sache in dieser Zeit einzuführen? Daran ist so schnell nicht zu denken. Und doch ist bei der täglich zunehmenden Verrottung der Zustände in sämmtlichen Ländern zu bemerken, daß die Sache keineswegs eine platonische (d. h. eine ideale, unausführbare) ist. In kürzerer oder längerer Zeit müssen, wie die Weisen sagen, alle Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden. So bereits vor mehr als hundert Jahren! Ein drastisches Beispiel davon, um wie viel langamer die Massen der Menschheit sich bewegen, als deren erlauchteste Denker und Lehrer: Heute muß man sogar Arbeitern noch beweisen, daß allgemeine Verkürzung des Arbeitstages auf zunächst 8 Stunden vor allem nothwendig ist, wenn nicht das arbeitende Volk endlich bis zur Tiefe der Unfähigkeit und Selbstauslösung in materielles, wie geistiges und moralisches Elend versinken soll. Aber, wenn auch für den denkenden, nach dem glorreichen Ziele sich sehenden Menschen langsam, sehr langsam — vorwärts geht es doch, unmerklich vorwärts! Was damals ein einzelner Gelehrter dachte und schrieb, das denken und danach streben jetzt Hunderttausende von Arbeitern in allen Ländern des Erdballs. Und Laufende von ungelehrten, aber sozialistisch geschulten Proletariern giebt es heute in jedem einzelnen der Industrielländer, welche immerhin weiter sehen, als der wackere Philosoph in Mitte des vorigen Jahrhunderts, indem sie wissen — was er nicht wissen konnte — nämlich: daß der Kampf um den Normalarbeitstag nur das Vorpiel ist für den Hauptakt der Verwirklichung des Ideals politischer Freiheit und allgemeiner Kultur auf Grund eines Systems universeller Kooperation, welches unvermeidlich aus den bestehenden Verhältnissen emporwachsen muß. Die Nacht weicht langsam aus den Thälern.“ — aber es tagt!

Emil Pascha hat sich nach einer Sanftbarer „Times“ Nachricht vom 18. d. M., welche der „Post“ Stg. mitgetheilt wird, theilweise erholt. Er leidet jetzt an einem Geschwür am Schädel und an einer theilweisen Lähmung der Zunge. Er will von einer Ueberfischung nach Sanftbar nichts wissen. Außer seinem deutschen Arzte empfängt er keine Europäer.

Wie die Getreidepreise den Getreidepreis in Deutschland vertheuern, erzieht eine Vergleichung der Getreidepreise in Berlin und Amsterdam aus den Jahren 1880 bis 1889, die in dem Jahresbericht der Amsterdamer Getreidefirma R. u. R. Demouge veröffentlicht wird. In der Zeit von 1874—79, wo Deutschland keinen Roggenzoll und Holland bis zum 1. Juli 1877 nur einen unbedeutenden statistischen Zoll erhob, waren die Preise an den beiden Märkten gleich, während im Zeitraum 1880—84, wo der deutsche Roggenzoll 1 M. pro 100 Kilogr. (= 12,60 G. pro 2100 Kilogr.) betrug, die Berliner Preise ungefähr um denselben Betrag, nämlich um 11 G. höher standen. In den Jahren 1885—87, also in der Zeit, wo Deutschland einen Roggenzoll von 3 M. hatte (= 37,80 G. pro 2100 Kilogr.), betrug der Unterschied der Preise zwischen Berlin und Amsterdam im Durchschnitt 34 G. für 2100 Kilogr. zu Gunsten Amsterdams, mit andern Worten 2100 Kilogr. Getreide waren in Amsterdam um 34 G. billiger zu kaufen als in Berlin. Mitte Januar 1888 standen die Berliner Preise um 25 G. höher als in Amsterdam, aber schon Mitte Juli betrug der Unterschied 86 G., hob sich Januar 1889 auf 37 G., fiel Juli 1889 auf 35 G. und stieg Juli 1887 wieder auf 36 G. Thatsächlich war also, wenn man von dem ersten Halbjahr 1885 absteht, der Roggenpreis in Amsterdam bis auf einen Unterschied von 1,80 G. um den vollen Betrag des deutschen Zolles niedriger als in Berlin. Ähnliches erzieht die Zusammenstellung der Preise in den Jahren 1888/89, wo der deutsche Roggenzoll 5 M. pro 100 Kilogr. = 63 G. pro 2100 Kilogr. betrug. Mitte Januar 1888 war der Preis in Berlin um 50 G. höher als in Amsterdam. Mitte Juli 1888 58 G., Mitte Januar 1889 um 64 G., Mitte Juli 1889 um 61 G., so daß also der Berliner Preis im Vergleich zu Amsterdam nur um 2 Gulden per 2000 Kg. hinter dem vollen Betrage des Zolles zurückblieb. Das Fallen der Roggenpreise hat der deutsche Getreidezoll, wie aus der Zusammenstellung der Preise seit 1874 hervorgeht, nicht verhindern können. Wenn Deutschland also, so sagt der Bericht, überhaupt, seine Roggenpreise nicht gekiege, wemgleich die Goldifferenzen 50 M. per 1000 Kg. = 63 G. per 2100 Kilogr. ausmacht, so hat doch der Holländer eben sein Brot erheblich billiger kaufen können, mit anderen Worten der deutsche Konsument hat den Getreidezoll getragen und muß heute noch trotz der Steigerung der Preise den Getreideproduzenten für das Fallen der Getreidepreise auf dem Weltmarkt schadlos halten.

Frankreich.

Paris, 20. Januar. In der Kammer richtete **Flourens** eine Anfrage an die Regierung in Betreff der Schwierigkeiten, welche den französischen Fischern an der Küste von Neufundland bereitet würden. Der Minister des Meeres, Epuller, erklärte, die Schwierigkeiten hätten ihre Ursache an dem Widerstande, welche das lokale Parlament von Neufundland entgegensetzt dem englisch-französischen Handelsabkommen entgegen. Der Zwischenfall ist damit geschlossen. Der Deputierte Lacambre bringt jedoch nochmals dieselbe Frage in der Form einer Interpellation ein, über welche die Kammer nach einer Darlegung des Marineministers Barbey zur einfachen Tagesordnung übergeht. Letztere interpellirt wegen der Annullirung des von dem Pariser Municipalrath zu Gunsten der Streikenden im Rhönedepartement bewilligten Kredite. Der Minister des Innern, Constans, erwidert, die Kredite seien annullirt worden, weil der Pariser Municipalrath seine Befugnisse überschritten hätte. Joffin befragt sodann unter heftigen Protesten der Rechten und der Boulangisten die Tribüne. **Cunéo d'Ornano** und **Dugué de la Fauconnerie** wurden zur Ordnung gerufen und gegen **Déroulède** die Zensur verhängt. Die Kammer beschloß die zeitweilige Ausschließung gegen **Déroulède**. Der Präsident ersuchte in Folge dessen **Déroulède**, den Sitzungssaal zu verlassen, **Déroulède** rührte sich jedoch nicht. Die Sitzung wurde deshalb zeitweilig aufgehoben. Während der Unterbrechung der Kammer-sitzung wurde **Déroulède** durch einen Oberst in Begleitung eines **Quets** Soldaten ohne Waffen aus dem Saale entfernt. Die Sitzung wurde sodann um 6 Uhr 50 Min. wieder aufgenommen. Als der Saal sich wieder füllte, besand sich **Joffin** auf der Tribüne. Die Rechten und die Boulangisten setzten ihre Proteste fort und der Boulangist **Millevoe** interpellirte lebhaft den Präsidenten **Casimir Perier**. Der Präsident befragte die Kammer wegen Verhängung der Zensur gegen **Millevoe**. **Millevoe** verlangte und erhielt das Wort; derselbe beschuldigte die Majorität, sich gegen das Prinzip der Volkssouveränität ausgelehnt zu haben, indem sie die Wahl **Joffin's** bestätigt habe, welcher durch die Minorität in Montmartre gewählt sei. Die Kammer beschloß, **Millevoe** das Wort zu entziehen. Der Präsident schlug vor, über **Millevoe** die zeitweilige Ausschließung zu verhängen. **Millevoe** erklärte, er halte seine Worte aufrecht, es sei die Kammer, welche sich gegen das Volk auslehne. Die Kammer beschloß die zeitweilige Ausschließung **Millevoe's**, welcher sich jedoch weigerte, den Saal zu verlassen. Die Sitzung wurde um 7 Uhr 10 Min. auf 2 Stunde vertagt. — Nach der Wiederaufnahme der Sitzung um 7 Uhr 30 Minuten erklärte **Laguette**, er werde **Joffin** nicht zu Worte kommen lassen. Auch über **Laguette**

wurde die zeitweilige Ausschließung verhängt, und wurde, als derselbe sich ebenfalls weigerte, den Saal zu verlassen, die Sitzung um 7 Uhr 40 Minuten nochmals auf 1/2 Stunde vertagt. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung um 7 Uhr 50 Minuten verließen mehrere boulangistische Deputirte den Saal und war es **Joffin** nunmehr möglich zu sprechen. Derselbe tabelte die Annullirung der durch den Pariser Municipalrath bewilligten Kredite und schloß mit Angriffen gegen **Boulangier**. Die Kammer beschloß mit 292 gegen 52 Stimmen bei 344 Abstimmenden den Uebergang zur einfachen Tagesordnung. Die Sitzung wurde hierauf definitiv aufgehoben.

Spanien.

Madrid, 20. Januar. Das neue Kabinet ist wie folgt konstituir: Sagasta, Präsidium; Armiño, Auswärtiges; Puigcereró, Justiz; General Bermejo, Krieg; Admiral Romero, Marine; Becerra, öffentliche Arbeiten; Guillon, Kolonien; Capdepon, Inneres und Equitioz, Finanzen.

Versammlungen.

Der Fachverein der Maler hielt am Montag Abend eine von 500 Personen besuchte Versammlung im Hesse'schen Saale (Lichtenbergerstraße) ab. Nach einem beifälligen aufgenommenen Vortrage des Herrn **Bölsche** über „Darwinismus“ wurde beschlossen, behufs weiterer Propaganda für den Verein ein Flugblatt herauszugeben. Die Zustände in Feibisch's Fabrik wurden scharf kritisiert. Die nächste Versammlung findet nach den Reichstagswahlen statt.

Weißensee. Am Freitag Abend tagte hier im Lokale des Herrn **Kettig** eine vom Verein Freisinn eiderensene öffentliche Wählerversammlung, zu welcher alle Parteien eingeladen und freie Diskussion zugelassen war. Besucht war dieselbe von ca. 80 Personen, zum Drittel Sozialdemokraten. Das Referat „Stellung zur Reichstagswahl“, übernahm der als Kandidat aufgestellte Direktor des Zentralviehhofs, Oekonomierath **Hausburg**. Er führte ungefähr folgendes aus: Ich bin kein Parlamentarier, auch schon zu alt dazu, weis auch nicht, wie man gerade bei der Wahl eines Kandidaten auf mich gefallen ist; sollte das Geschick es wollen, so werde ich im Sinne des fortschrittlichen Programms stimmen. Die Freiheit des Individuums betonend, meinte er, der Freisinn habe Ideale, die er jetzt nicht verwirklichen kann; er sei jetzt die am besten gehaltene Partei, auch stimmen bei ihnen die Wahl der Kandidaten mit derjenigen der Wähler nicht überein. Redner betonte, gegen die Lebensmittelerhöhung und Zölle zu sein, auch gegen das Ausnahmegesetz. Er bedauerte, daß seiner Zeit 26 seiner Partei mitgeholfen haben, dasselbe zu Stande zu bringen. Redner erwähnte das Programm, seinen einzelnen Paragraphen nach, ließ sich, da er 35 Jahre Landwirt war, in theatralischer Weise auf die Schilderung seiner Erfahrungen ein, um, zur Kolonialpolitik übergehend, zu erwähnen, daß sie hierbei als Reichsfeinde noch mehr verurtheilt wären als die Sozialdemokraten, des Repetitionsfonds noch erwähnend, schloß er damit, dies sei der Boden, auf dem er stehe, und war es Anfangs nicht seine Absicht (er hatte eine Stunde gesprochen) so lange zu sprechen. Er wünschte, daß die Beschlüssen, die ja dem Freisinn angehören, im Sinne des Freisinn an die Wähler herangetragen. In der Diskussion besam Herr **A. Stadthagen** das Wort. Er vermied es, auf die Ausführungen des Vorredners persönlich einzugehen, da selbiger es schon vorzog, ihm das Feld zu räumen und nach Hause zu gehen, sondern erklärte und entfaltete das Programm der Sozialdemokratie; nur bei einer Gelegenheit nahm er Veranlassung, die vom Referenten zitierte gehässige Schreibweise des „Volksblatts“ bezüglich des Artikels voriger Woche, in dem es lautet: „Sieht man heute die Kämpen des Freisinn, Junker und Schlotbarone“ richtig zu stellen, daß doch hier unendlich mit dem Letzteren der Freisinn gemeint sein kann. Im Hinweis auf den Eisenbahner Prose, bezüglich Untergrabung des Rechtsbewußtseins im Volk, und eingehend auf den Welfenfonds, meinte er, daß das beste Schild für das Haus, in dem derselbe verwahrt wird, die Aufschrift lauten müßte: „Für Lumpen werden hier die höchsten Preise gezahlt.“ Seine Ausführungen gipfelten im Weiteren im Koalitionsrecht der Arbeiter, Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeiterzuschüsse u. s. w. Der Redner wurde jedoch von den von Vorurtheilen vollgepfropften geschäftstreibenden Freisinnigen mit den Rufen „Phui“ und „Quatsch“ unterbrochen, dafür lohnte ihm von unlerer Seite der verdiente Beifall. Ein von den Freisinnigen bevorzugter Redner Namens **Bluns** (Lichtenberg) brachte es unter anderem fertig, Herrn Stadthagen zu verächtigen, daß er fortschrittlich agittirt und gewählt, mithin kein Recht habe, so für die Sozialdemokratie einzutreten, und behauptete auch, daß von den 800 000 Wählern unserer Partei nicht Einer das wahre Programm der Sozialdemokratie kenne. Unter dem allgemein bekannten Phrasen und den Beifall seines Gleichen schließend mußte er sich gefallen lassen, von Herrn **A. Stadthagen** belehrt zu werden. Er bequeme sich darauf Konfessionen zu machen. Unter dem Vorwand, daß es schon spät wäre, besam man es fertig, trotz schriftlicher Meldung, einen anderen Sozialisten nicht sprechen zu lassen und ohne Erledigung der Tagesordnung „Wahl eines Wahlkomitee's“ die Versammlung zu schließen.

Reinickendorf. Am Mittwoch fand in Reinickendorf im Restaurant **Seschlöchen** eine große Wählerversammlung statt, in welcher der Kandidat des Kreises, Herr **Rechtswalt Stadthagen**, über die bevorstehende Reichstagswahl sprach. Der Referent unterzog die Schöpfungen der Majorität des Reichstags einer strengen, oft von großem Beifalls durch unterbrochenen Kritik, gerishte das Verhalten der Deutschfreisinnigen und betonte, daß unbedingt eine andere Majorität in den Reichstag gebracht werden müsse. Es würden sonst dem Volke noch weitere Lasten aufgebürdet und die wenigen Rechte, welche die Arbeiter noch hätten, vollends beseitigt werden. Reicher Beifall lohnte die vortrefflichen Ausführungen des Herrn Stadthagen. An der Diskussion theilnahmen sich im Sinne des Referenten die Herren **Schäfer**, **Schmidt**, **Ehrlich** und Andere. Die Versammlung fand unter dem Vorhitz des Herrn **Ehrlich** statt.

Am Sonntag fand abermals in Reinickendorf im **Seschlöchen** eine große Wählerversammlung statt, unter dem Vorhitz des Herrn **Schäfer**. Da, nachdem die Versammlung nach der Eröffnung auf 20 Minuten vertagt worden, der Referent Herr **Lissin** noch nicht erschienen war, so referirte zunächst Herr **Olto Knaut** an dessen Stelle. Nach Verlauf einer halben Stunde erschien der Referent, dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. An der Diskussion theilnahmen sich die Herren **Tbut**, **Ehrlich**, **Heidtmann** u. A. Zu „Verschiedenes“ wurde der Antrag angenommen, das Lokal von Krause in Pankow streng zu meiden, da der Wirth nicht allein sein Lokal zu Versammlungen verweigert, sondern noch obendrein die Arbeiter für Lumpen erklärt hat. Ferner wurde vom Genossen **Wegner** berichtet, daß er mit ein paar Genossen am Sonntag, den 12. d. Mts., aus dem Lokal von Goldader zu Reinickendorf, vis-a-vis dem **Seschlöchen**, gewiesen wurde, weil der Wirth keine Sozialdemokraten in seinem Lokal duldet. Nachdem noch der Antrag, sich nicht an der Schloßfreiheit-Lotterie zu theilnehmen, angenommen war, und Genosse **Knaut** noch einen warmen Appell an die Versammelten gerichtet, nur bei solchen Wirthshäusern zu verkehren, welche den Arbeitern entgegen kommen, schloß der Vorsitzende die Versammlung. — Die Geburtsstagsfeier des Genossen **Hilde**, des Rektors von Reinickendorf, hielt noch einen großen Theil der Genossen bis zur Feierabendstunde beisammen.

Theater.

Mittwoch, den 22. Januar.
Spernhaus. Die Hugenotten.
Schauspielhaus. Erich Brahe.
Leistung-Theater. Die Geigenfee.
Deutsches Theater. Krieg im Frieden.
Berliner Theater. König Lear.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
 Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Ultimo.
Residenz-Theater. Die arme Löwin.
Victoria-Theater. Stanley in Afrika.
Froll's Theater. Der Königsgardist.
Sellschallance-Theater. Der Hied auf der
 Ehr.
Ostend-Theater. Drei Tage aus dem Leben
 eines Spielers.
Königsstädtisches Theater. Mensch, ärgere
 Dich nicht.
Central-Theater. Berolina.
Adolph-Graß-Theater. Flotte Weiber.
Reichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Kaufmann's Variétés. Gr. Spezialitäten-
 Vorstellung.
Gebr. Richter's Variétés. Spezialitäten-
 Vorstellung.

Alhambra-Theater,

Wallnertheaterstraße 15.

Neu einstudiert:

Die Waise aus Lowood.

Schauspiel in 4 Akte v. Charl. Birch-Pfeiffer.
Jans Eye: Fr. Douglas u. G.
Jord Hochster: Herr Jäger.
Entree 30 Pf. Parquet 60 Pf.
1. Balkon 50 Pf. II. Balkon 40 Pf. etc.
 Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vor-
 stellung 7 1/2 Uhr. Sonders- und Familien-
 billets haben Giltigkeit.

American-Theater.

Dresdenerstraße 55. [1365]

Englischer Garten.

Alexanderstraße 27c.
 Auftreten der Kostüm-Soubrette **Fr. Fritzl Korn.**
 Auftreten der Parterre-Gymnastiker-Truppe **Pink.**
 Auftreten der Gesangs-Duettschwestern **Geschwister Brocho.**
 Auftreten der Kostüm-Soubrette **Fr. Fran- ciska Clairemont.**
 Auftreten des Gesangs-Humoristen **Herrn Kalnberg.**
 Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 und 75 Pf. im Vorverkauf 20 und 30 Pf.
 Sonntag Anfang halb 8 Uhr. Sonntags Entree 50 Pf., reserviert 75 Pf., Orchester 1 Mark.
 Vorverkauf Entree 40 Pf.
Vollständig neues Programm.

Circus Renz.

Karlstraße. Heute, Mittwoch, den 22. Jan., Abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Vorstellung

unter Mitwirkung der vorz. Reiterinnen und Reiter. Reiten und Vorführen der bestbesetzten Schul- und Freizeitspiede.

Deutsche Turner,

(Gesellschaft gegründet.)
 Große nationale Original-Pantomime vom Hof Balletmeister **A. Stiens**, Inszeniert vom Direktor **G. Renz**, Musik von **G. Schindler**.
 Turner aus allen deutschen Gauen. Festlich geschmückte Bürgermädchen u. s. w. Ort der Handlung: Nähe Berlins. Dekorationen. Kostüme, Requisiten, Wagen neu und prachtvoll.
 Morgen Vorstellung. Deutsche Turner.
G. Renz, Direktor.

Passage 1 Z. 9 W. — 10 Uhr N.

Kaiser-Panorama.

Zum ersten Male Dritte Reise
 b. d. malerische schiffliche Schweiz.
 Dritter Cyclus: Pariser Weltausstellung.
 Hochinteressant: Gerichtha-Reise.
 Eine Reise 20 Bl., Kind nur 10 Bl. Abonn.

Den Genossen

Halte ich meine
Masken-Garderobe
 bei Bedarf best. empfohlen.
 Größte Auswahl! **Die Fr.**
Bereinen Preidermähig.
Fr. Paulin, Oranien-
Adalbertstr. 93.

Jede Uhr

zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur
1 Mk. 50 Pfg.
 Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer Uhren. Verkauf zu Fabrikpreisen.
E. Rothert, Uhrmacher.
 591
 1. Geschäft: **Andreasstr. 62.**
 2. Geschäft: **Chausseest. 78.**

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren.

Cr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
 Brunnenstr. 28, Hof part.
 eigener Fabrik. Theils nach Ueberreinkunft

Große öffentliche Versammlung

der **Sattler und Berufsgenossen**
 Berlins und Umgegend
 am Donnerstag, den 23. Jan., Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Deigwäcker's Salon**, Alte Jakobstraße 48a.
Tagesordnung:
 1. Unsere Lohnbewegung. 2. Die jetzige Mi-
 litärarbeit. 3. Verschiedenes.
 Zu dieser Versammlung sind ganz besonders
 die im Sattlergewerbe beschäftigten Hausindu-
 striellen eingeladen. Um recht zahlreiches Er-
 scheinen ersucht **Der Einberufer.** [88]

Zur Beachtung

für **Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen.**
 Am Donnerstag, den 23. d. M., Abds. 8 1/2 Uhr,
 im **Sokale Weinstraße 11**, findet eine
Delegirten-Versammlung
 statt. [883]
 Die **Lohnüberwachungskommission der Tabak-
 arbeiter und -Arbeiterinnen.**

Achtung Drechsler.

Alle diejenigen Kollegen, welche noch im Be-
 sitze von Listen für die streikenden Wiener Per-
 mularbeiter sind, werden aufgefordert, dieselben
 an die bekannten Vertrauensleute bis spätestens
 Sonntag, den 26. Januar, abzuliefern.
Sonntags von 8-10 Uhr Abends und
Sonntags von 11-1 Uhr Vormittags wer-
 den Listen nur bei **Gründel, Dresdener-**
straße 116, entgegen genommen. [766]
Die Vertrauensleute.
J. L. F. A. Rautenberg, Prinzessinnenstr. 22.

Erklärung.

Hierdurch nehme ich die Worte gegen Herrn
M i e l e n betref. der Lokalesweigerung zurück.
August Sentleben,
 Restaurateur,
Johannisthal.



Nur 1 Mark

kostet jede Uhr zu reinigen unter
 Garantie. Bei allen Reparaturen
 wird der Preis vorher gesagt. [341]
Eleser, Uhrmacher (Fachmann)
 Nauhufer 15, Ecke Mariannenstr.

Kohltabak A. Goldschmidt,
 Spandauerstr. 6. [1658]
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl.
Garantirt feinstes vrennendes Kohltabak.
 Streng reelle Bedienung, billigste Preise!
 Sämtliche im Handel befindlichen Kohl-
 tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6
 am hiesigen Plage.

Eisenwaren, Werkzeuge, Haus- u. Küchengeräte

E. Vogtherr, Berlin C.
 Landsbergerstraße 64 (am Alexanderplatz). [560]

Punschextracte!!!

Feiner Punschextract, Original, excl. 1,25
 - Strohweineextract - 1,25
 - Grogextract - 1,25
Schlummerpunsch, kräftig - 1,50
Burgunderpunsch, aus best. - 2,00
Burgunder Wein - 2,50
Ananaspunsch, a. fr. Fr. - 2,50
Strohweineextract, aus - 2,00
 feinstem Bordeaux - 2,00
Alt. hochl. Thee-Rum etc. - 0,90
Ingwertee, b. Roggenkeiz. - 0,75
Alter Nordhäuser, gar. echt. - 1,00
Jugon-Rum - 1,00
 empfiehlt die Großdistillation von
Lettau & Keil,
 Cospicustr. 12, an der Rosenthalerstr.
 (Schloßschloß) Abends 8 Uhr. [51]

Tüll-Gardinen,

Fenster 2, 3, 5, 8 Mt. Stores 1 Mt. Fabrik-
verkauf Zimmerstraße 88, Hof part. [855]



Jede Uhr

zu reparieren (außer Druck) kostet
 bei mir
1,50 Mark
 unter Garantie des Gut- und Richtig-
 gehens. Al. Reparaturen entspr. billig.
 Lager all. Arten Uhren, Gold- u. Silberwaren
Carl Wunsch, Rannunstr. 38,
 nahe dem Dranienplatz.
 Korbmacher auf Bambusarbeit verl. **Blum,**
 Brandenburgerstr. 25. [670]

Ein seit 12 Jahren bestehendes Holz- und
Böhlengeschäft (Blok), Stall-, Parterre Wohn.
 (8 Jahre Konnakt) ist zu verk. Rannunstr. 21.
 Eine febl. Wohnung umhändelbar billig zu
 vermieten bei **Damrow, Stalitzerstr. 57.** [874]

Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger Tapezierer und Dekorateur, aber
 nur solcher, findet dauernde Stellung bei
 [887] **Ernst Rablen Potsdamerstr. 20.**
E. Gef. a. Kassenmöbel v. Trispel, Wienerstr. 17 II.

Gr. öffentliche Wähler-Versammlung

des **3. Berliner Reichstagswahlkreises**
 am **Mittwoch, den 22. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,**
 bei **Scheffer, Injelsstraße Nr. 10.**
Tages-Ordnung:
 1. Die Reichstagswahlen und die Arbeiter. Referent Herr **Albert Schmidt.**
 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet eine **Tellersammlung** statt.
Der Einberufer. [832]

Große öffentliche

Wähler-Versammlung

des **4. Berliner Reichstagswahlkreises**
 am **Mittwoch, den 22. Januar ds. Js., Abends 8 1/2 Uhr,**
 in den **Zentral-Festsälen, Oranienstr. 180.**
Tages-Ordnung:
 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: **Arthur Städtgen.** 2. Dis-
 kussion. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet **Tellersammlung** statt.
Der Einberufer. [878]

Große öffentl. Wählerversammlung

des **6. Berliner Reichstagswahlkreises**
 am **Mittwoch, den 22. Januar ds. Js., Abends 8 1/2 Uhr,**
 im **Deutschen Volks-Theater, Schönhauser Allee.**
Tages-Ordnung:
 Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent Reichstagsabgeordneter **W. Liebmann.**
 Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben.
Der Einberufer. [860]

Öffentl. Wählerversammlung

in **Reinickendorf**
 am **Donnerstag, den 23. Januar ds. Js., Abends 8 1/2 Uhr,**
 im **Restaurant Seeschlösschen, Markstr. 1-2.**
Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Alwin Körten** über Reichstagsarbeiten. 2. Dis-
 kussion. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer. [888]

Große öffentliche Steinmetz-Versammlung

einberufen vom
Verband der Steinmetzen Deutschlands
 am **Freitag, den 24. Januar 1890, Abends 8 Uhr,**
 im **Sokale Königshof, Bülowstraße 37.**
Tages-Ordnung:
 1. Rechenschaftsbericht über die halbjährige Tätigkeit des Vorstandes. 2. Neuwahl
 Vorstandsmittgliebes. 3. Verschiedenes.
 Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber soll kein Steinmetz abwesend sein und
 Zutritt. Gäste sind willkommen.
Der Vorstand. [882]

Große öffentliche Versammlung

der **Kartonarbeiter u. -Arbeiterinnen**
 am **Donnerstag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr,**
 bei **Jordan, Neue Grünstraße Nr. 28.**
Tages-Ordnung:
 1. Die Maßnahmen der Kartonfabrik von **Ehlert u. Lange** und wie haben sich die
 Arbeiter und -Arbeiterinnen demgegenüber zu verhalten? Referent Kollege **H. Greife**.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Sämtliche Kartonarbeiter und -Arbeiterinnen sind verpflichtet, zu erscheinen.
Die Einberuferin. [884]
NB.: Ueber die Kartonfabrik von Ehlert & Lange, Dresdenerstr.
ist die Sperre verhängt.

Achtung Vergolder!!

Da es der Firma **Methlow & Co.** (Goldbleistiftfabrik), Köpnickstraße 109a, in
 Zeit drungen ist, einige unbedeutende Kräfte heranzuziehen, es aber ganz unmöglich ist,
 Verpflichtungen der Kundschaft gegenüber gerecht zu werden, und der endliche Sieg un-
 möglich, so fordern wir nochmals die Kollegen auf, dort keine Arbeit zu nehmen, bis die Firma
 erklärt, auf unsere Forderungen einzugehen.
Die Streikkommission der Vergolder.

Die Geschichte der Erde.

Von **B. Sammel.**
Heft 17.
 à Heft 20 Pfennige.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße 44.

Der wahre Jacob

Nr. 91.
 Zu beziehen durch die Expedition, Zimmer-
 strake 44.

Der unentgeltliche Arbeitsnachweis

des **Interessenvereins d. Berl. Kistenmacher**
 befindet sich nach wie vor **Markusstr. 25,**
 Restaurant bei Kollege **Leihnitz.**
Der Vorstand der Berliner Kistenmacher. [828]

Kohltabak, sämtlicher Sorten

Größte Auswahl, billigste Preise.
G. Elkhuyzen, Mühlstraße 10.

Porzellan-, Glas- u. Steingutwaren

Tisch- und Hängelampen
 empfiehlt billigst
C. Rahmlow, Lothringerstraße
am Rosenthaler Thor.

Maskengarderobe für Herren u. Damen

von 1 Mt. an
 im **Polamentier-Geschäft:**
Reichenbergerstrasse 14
Blächerstrasse 10.

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 18.

Mittwoch, den 22. Januar 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 21. Januar, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Bismarck, von Bötticher, Freiherr von Malchahn-Gülk, von Stephan, von Dehlschläger, Heusner, Verdy du Vernois, Graf von Lerchenfeld-Rösering, von Zplander (Bayern), Graf von Hohenhausen (Sachsen) u. A.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend eine Postdampfschiffs-Verbindung mit Ostafrika. Derselbe wurde nach kurzer Debatte, an welcher sich die Abg. v. Cuno und Dr. Bamberger beteiligten, definitiv angenommen. Dann wurde der Ergänzungsetat (Umbau des Dienstgebäudes des Amtswärtigen Amtes, Wilhelmstr. 76) der Budgetkommission übergeben.

Es folgt die dritte Beratung des Etats. Staatssekretär des Innern Dr. v. Bötticher will, zur Klärung der Debatte und rascher Durchführung eines Beschlusses, eine Erklärung bezüglich der Besoldungsbedingungen für Beamte vorweg abgeben. Die Notwendigkeit ist von den verbündeten Regierungen längst anerkannt, und seit dem Jahr zu Jahr bekräftigt gewesen, dem Bedürfnisse abzuhelfen. In dessen sei es für sie nicht gemein, angesichts großer anderer Bedürfnisse mit Anträgen auf Aufbesserungen herorzutreten. Nichts aber könne ihnen erwünschter sein, als wenn sie sich in dieser Beziehung auf ein Votum des Reichstags stützen könnten. Nach den bisherigen Erfahrungen sind diesen Gegenstand seien die verbündeten Regierungen dieser Stütze sicher. Er müsse daher den Vorwurf zurückweisen, daß die verbündeten Regierungen solchen Anträgen „kühl bis zum Verdrüß“ gegenüberstünden. Kame es allein auf das Herz an, so würden sie in diesem Verhältnis nicht hinter dem Hause zurückbleiben sein. Allein ohne einen Bundesratsbeschluss hätten sie keinen Grund, sich hier eine verbindliche Erklärung nicht abzugeben. Zwar liege ein Beschluss auch heute noch nicht vor, doch habe er auf Anfrage eine solche Reihe von Bestimmungen erhalten, daß die Majorität im Bundesrat für den beschriebenen Schritt zur Aufbesserung der Beamtengelder geneigter sei. (Erfolgreiche Zustimmung.) In diesem Sinne empfehle er dem Hause die Annahme der von der Budgetkommission beantragten Resolution. Die Anträge Richter und Kalle könne er nicht empfehlen. Das Haus möge sich überzeugen, daß die verbündeten Regierungen an Wärme der Unterstützung nicht hinter ihm zurückbleiben würden. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Richter (Hr.) wundert sich, weshalb er bisher an einer Beschlußfassung des Bundesrats gehindert habe, obwohl eine solche möglich gewesen sei. Wie in Preußen dem Herrn Reichsminister, so war es auch dem Herrn Staatssekretär des Reichspostamtes schon jetzt möglich gewesen, Gehaltsaufbesserungen der Unterbeamten im Reichshaushalt vorzuschlagen. Wenn der neue Reichstag erst im Herbst einberufen werde, so sei das nicht möglich, denn den auszubessernden Beamten müsse es sehr darauf an, daß die Aufbesserungen möglichst frühzeitig eintreten.

Demnach referiert der Abg. Frhr. v. Guene namens der Budgetkommission.

Staatssekretär Frhr. v. Malchahn tritt der Besetzung entgegen, als ob innerhalb der preussischen Finanzverwaltung eine höhere Fürsorge für die Beamtenaufbesserung bestände, als innerhalb der Reichsfinanzverwaltung. Der dem preussischen Landtag vorgelegte Etat gehe in dieser Beziehung nicht weiter, als die begünstigten Schritte der Reichsregierung. Er freue sich, daß das Haus noch vor seinem Schluss sich für diese Beschränkungen der Regierungen so einmütig gezeigt habe und hoffe, daß auch der nächste Reichstag so einmütig in dieser Beziehung sein möge. (Beifall.)

Abg. Frhr. v. Gu (Reichsp.) erklärt seine volle Zustimmung zu der wohlwollenden Erklärung des Staatssekretärs v. Bötticher.

Abg. Dr. v. Bennigsen (nl.) hält es angeht, die Ernennung des Staatssekretärs von Bötticher nicht für angezeigt, eine Paulschulsumme zu Beamten-Aufbesserungen in den Etat einzuführen. Die Initiative müsse den verbündeten Regierungen vorbehalten werden. Darum bitte er die Antragsteller Richter und Kalle, ihre Einzelanträge zurückzuziehen, und das Haus, die Resolution der Kommission zuzustimmen.

Darauf ziehen die Abgg. Kalle (natl.) und Richter ihre Anträge zurück.

Abg. Dr. Windthorst (Z.) spricht seine Befriedigung über die Erklärung des Staatssekretärs v. Bötticher aus.

Abg. Singer: Ich bin gleichfalls befriedigt von dem Verhalten dieser Sache und wünsche nur, daß die feierliche Erklärung des Herrn Staatssekretärs des Innern nicht dasselbe Schicksal erleide, wie eine ebenso feierliche von noch höherer Stelle ausgegangene Besprechung in Betreff der Vorlegung eines Gesetzes über die Reform der Einkommensteuer in Preußen.

Die Diskussion wird geschlossen.

Die Abmündung über den Antrag der Kommission erfolgt nach der Staatsberatung.

Das Haus tritt nunmehr in die Spezialberatung des Etats ein.

Zum Etat der Reichskasse ist von Seiten des Abgeordneten Lingen der Antrag eingebracht:

Den Herrn Reichskassier zu ersuchen, auf eine weitere Förderung der Sonntagsschule und Ermöglichung der Teilnahme am Gottesdienste für alle Beamte des Reichs Bedacht zu nehmen.

Nach einigen befürwortenden Worten des Antragstellers, denen sich der Abg. v. Frege anschließt, gelangt dieser Antrag mit großer Mehrheit zur Annahme.

Dem Etat des Amtswärtigen Amtes nimmt Abg. Lingen das Wort um Erhöhung des Fonds für Unterhaltung deutscher Schulen im Auslande zu empfehlen, der dem Bedürfnisse nicht genügt.

Der Eintritt in die Beratung über den Militäretat wird über die zugleich zur dritten Beratung stehende Militärgesetz novelle abgestimmt und dieselbe angenommen.

Dem Kapitel des Kriegsministeriums erhält das Wort

Abg. Saumbach (Hr.): Ich möchte an den Herrn Kriegsminister die Frage richten, wie es mit der Fürsorge für die Familien derjenigen Reservisten und Landwehrlente steht, welche in Friedenszeiten zu Übungen eingezogen werden. Für die Familien der zum mobilen Heere abgegebenen ist durch Gesetz vom Jahre 1888 Fürsorge getroffen. Als ich 1889 dem Herrn Kriegsminister wegen dieses Punktes antrug, erklärte mir derselbe, die Sache sei zur Zeit im Ministerium des Innern und die Unterhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Kriegsminister v. Verdy du Vernois: Allerdings sind die Sachen dem Ministerium des Innern übergeben, und ich kann auch heute keine weitere Auskunft erteilen, da die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Beim Kapitel der „Reisekosten u. s. w.“ erklärt Abg. Saumbach, mit Rücksicht auf die Geschäftsloge des Hauses auf die Erledigung seines Antrages, betreffend freie Reise für die Beurlaubten des Soldatenstandes, für diese Session verzichten zu wollen. In nächster Session werde er selbst nicht mehr im Reichstage sein, einer seiner Freunde werde den Antrag wieder aufnehmen, und er bitte den Herrn Kriegsminister inzwischen die Höhe der bei Annahme seines Antrages entstehenden Kosten ermitteln zu lassen.

Beim Postetat nimmt das Wort

Staatssekretär des Reichspostamts v. Stephan: Bei der zweiten Lesung des Postetats hat Herr Richter einen Fall zur Sprache gebracht, in welchem ein kleiner Zeitungs-Spediteur wegen Verletzung des Postregals zu einer erheblichen Geldstrafe verurteilt worden ist und Herr Schmidt-Libersfeld Gelegenheit, zu bemerken, auch die „Königliche Zeitung“ habe einen gleichen Zeitungsvertrieb eingekauft, ohne zur Verantwortung gezogen zu werden. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Angabe, aber Herr Schmidt sagte: der Herr Staatssekretär irrte. Inzwischen haben die angeführten Untersuchungen die völlige Grundlosigkeit der erhobenen Beschuldigung ergeben, und ich darf deshalb heute sagen: Herr Schmidt hat sich geirrt.

Abg. Richter bemerkt, sein im Hause nicht anwesender Fraktionsgenosse habe einen Vorwurf gegen die Postverwaltung nicht erheben wollen.

Staatssekretär von Stephan entgegnet, Herr Schmidt habe damals erklärt, was dem einen recht sei, dem andern billig, und darin sei der Vorwurf der Parteilichkeit für die Postverwaltung enthalten gewesen.

Zu der Position des neuen Postgebäudes für Frankfurt am Main liegen übereinstimmende Anträge der Abgg. Frhr. v. Daxfeld-Trachenberg, v. Bennigsen und v. Kardorff und der Abgg. Saumbach und Richter vor, dahin: als dritte Rate zur Vergrößerung des Postgrundstücks 241 500 M. und ferner zur Einhebung des Bauplatzes und zur Herstellung von Hintergebäuden 150 000 M., insgesamt also 391 500 M. vorbehaltlich der Feststellung des endgültigen Bauplans und der Festsetzung der Gesamtbausumme zu bewilligen.

Staatssekretär im Reichspostamt v. Stephan: Ich begrüße die beiden Anträge mit Freuden und um so mehr, als ich ihre Annahme mit dem besten Gewissen empfehlen kann. Das dringendste dienstliche Interesse spricht für den Bau, und ich habe schon erwähnt, daß Seine Majestät der Kaiser auf das Absteigequartier, welches seine Vorfahren besessen haben, verzichtet haben. Ich bin von dem Wunsche geleitet, die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse hinsichtlich des Postverkehrs der großen Rheinmetropole schon für das nächste Etatsjahr zu sichern, und ich glaube der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß das hohe Haus seine Zustimmung nicht versagen wird.

Der Antrag wird angenommen.

Die Forderung für ein neues Postgebäude in Marienburg (Westpreußen) beantragen die Abgg. Graf zu Dohna-Findenstein und von Puttkamer-Plauth abzu-
lehnen und

in Erwägung, daß der gegenwärtig in Aussicht genommene Bauplan für das Postdienstgebäude in Marienburg die Interessen des Schlosshauses der Marienburg erheblich schädigt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen anderweitigen Bauplan für das Postgebäude in Aussicht zu nehmen.

Abg. Graf zu Dohna-Findenstein (Hansl.): Wenn das in Rede stehende Gebäude auf dem ursprünglich in Aussicht genommenen Platze errichtet wird, so wird durch dasselbe die Aussicht auf die fürzlich erst renovierte Marienburg gehindert. Dies hat uns veranlaßt, Ihre Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wir sind bereit, für den Fall, daß der Herr Staatssekretär des Reichspostamts die Erklärung abgibt, daß er auf den Platz verzichtet und mit einem anderen einverstanden ist, ihm möglichst entgegenzukommen.

Staatssekretär v. Stephan: Die Reichsregierung und auch die Regierungen der einzelnen Staaten haben sich vielfach mit der Herstellung aller historischen Denkmäler beschäftigt. Kein Deutscher ohne Romantik und keine Romantik ohne Ruine. Das ist ein Zug, den keine deutsche Regierung jemals im deutschen Charakter vermissen möchte. So dringend das Bedürfnis nach einem neuen Postgebäude in Marienburg ist, namentlich in Bezug auf die Postkassen — die Kaszette statte Besuche im Expeditionsbureau ab und stand bei der letzten großen Ueberschwemmung bis ans Fenster — ich will mich damit einverstanden erklären, daß der Posten diesmal abgesetzt wird (Bravo!), aber ich möchte doch zwei Vorbehalte aussprechen, mit denen der Herr Vorredner einverstanden sein wird: einmal, daß uns ein Bauplan ohne weitere Opfer für das Reich überwiegen wird, in derselben Größe, und ungefähr derselben Gestalt und derselben günstigen Verhältnisse; zweitens, daß die Sache sich nicht in omne seum hinzieht. Das Bedürfnis ist so dringend, daß länger als ein Jahr die Herstellung eines neuen Dienstgebäudes nicht mehr hinausgeschoben werden kann. Der ans angebotene Bauplan entspricht diesen Anforderungen in keiner Weise. Wenn Herr Graf Dohna, wie vor ja alle, die Sache fördern will, so bitte ich ihn, für einen besseren Bauplan Sorge zu tragen; dann wird es uns zu großer Freude gereichen, den Marienburgern zu helfen, daß der Andick der altverehrten Marienburg frei bleibt.

Abg. v. Puttkamer-Plauth (Hr.) hebt die Vorzüge des der Postverwaltung vom Baukomitee der Marienburg offerierten Bauplans hervor und giebt der Hoffnung Ausdruck, der Herr Staatssekretär werde sich nach seiner entgegenkommenden Erklärung mit diesem Bauplan einverstanden erklären.

Die Position wird einstimmig abgelehnt und die vorgeschlagene Resolution angenommen.

Entgegen dem Beschlusse zweiter Lesung wird die erste Baurechnung von 60 000 M. für ein neues Postgebäude in Zeit auf Antrag des Abg. Günther (Raumburg, natl.) bewilligt. Derselbe führt aus, daß das alte Postgebäude frucht, ungesund und für Publikum wie Beamte in gleichem Maße un bequem sei.

Staatssekretär v. Stephan pflichtet diesen Ausführungen bei, indem er durch Papierangaben die Steigerung des Postverkehrs in Zeit nachweist.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

Abg. Wetzel (natl.): Ich möchte bei dieser Gelegenheit die hohen Kosten, welche den Mitgliedern der Mülerei-Berufsgenossenschaft entstehen, zur Sprache bringen. Die Kosten dieser Berufsgenossenschaft sind so unzumutbar hoch, daß dies wohl der Grund gewesen sein mag, daß Bayern

den Antrag bei den verbündeten Regierungen gestellt hat, eine besondere bayerische Mülerei-Berufsgenossenschaft einzurichten.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Herr Abgeordnete täuscht sich, wenn er glaubt, die bayerische Regierung habe den Antrag auf Einrichtung einer bayerischen Mülerei-Berufsgenossenschaft gestellt. Dies ist vielmehr ein Antrag der bayerischen Sektion der Genossenschaft und auch nur ein Fünftel der Mitglieder hat sich bei Stellung desselben beteiligt. Die hohen Verwaltungskosten sind ja befalligenswert, die Regierung hat aber kein Mittel in der Hand, dieselben zu ermäßigen, da die Berufsgenossenschaftlichen Selbstverwaltungszweige sind. Ich kann nur von dieser Stelle die Mahnung an die Genossenschaften wiederholen, möglichst solche Organisationen zu treffen, welche nicht zu kostspielig arbeiten.

Abg. Kröber (Volkspartei) beklagt die Gestaltung der Berufsgenossenschaften und hält eine Reform derselben für dringend notwendig.

Der Etat wird bis auf die Position der Matrikular-Beiträge erledigt, die weitere Beratung vertagt.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Sozialistengesetz. Schluß 5½ Uhr.

Abgeordnetenhause.

3. Sitzung vom 21. Januar 11 Uhr.

Am Ministertische: von Scholz, Dr. von Lucius, Dr. von Schelling, von Maybach und Kommissare. Präsident v. Köller theilt dem Hause mit, daß der Kaiser das Präsidium in Audienz empfangen, die Rundgebung der Theinahme des Hauses an dem Heimzuge der Kaiserin Auguste halbooll entgegen genommen und den Präsidenten beauftragt habe, dem Hause den Allerhöchsten Dank auszusprechen.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Etats pro 1890/91.

Abg. v. Guene (Zentr.): Der Etat an und für sich würde sich kaum zu einer Generalberatung eignen; die einzelnen Zahlen werden dazu dienen, auf ihre wirtschaftliche Bedeutung geprüft zu werden. Besonders ist die erweiterte Fürsorge für den gewerblichen Unterricht und für die Katasterbeamten, doch wird es sich fragen, ob diese Fürsorge ausreicht. In dessen, ich will darauf nicht eingehen, will vielmehr nur einige allgemeine Bemerkungen machen. Aus der Defizitwirtschaft sind wir heraus und sind in die Reservatwirtschaft gekommen; ich will darüber keine Vorwürfe erheben, bin vielmehr damit einverstanden, sinne aber dem Herrn Finanzminister darin bei, daß wir äußerst vorsichtig sein müssen. In den von dem Herrn Finanzminister angeführten Gründen, welche zur Beschränkung der Ausgaben ein Grund hinzugeben und das ist unser Verhältnis zu den Finanzen des Reiches. Das Reich arbeitet nicht mit einem Defizit, weil dieses durch die Matrikularbeiträge gedeckt wird, wir werden aber auch auf einen höheren Betrag der Reichssteuern nicht rechnen dürfen, dagegen in Betracht ziehen müssen, daß im nächsten Jahre dem Reiche die Fürsorge für die Durchführung des Alters- und Invalidenversorgungsgesetzes obliegt. Wenn der Herr Finanzminister uns aufgefordert hat, die Zollpolitik nicht durch Rückwärtsentwicklung zu schädigen, so stehe ich nicht an, zu erklären, daß ich trotz der hohen Preise die Aushebung der Getreidezölle für ein Verbrechen halten würde. (Sehr richtig! rechts.) Die Aushebung dieser Zölle würde für die Landwirtschaft im Osten der Todesstoß sein und nur die Unkenntnis der Verhältnisse kann die Aushebung derselben fordern. (Sehr richtig! rechts.) Was die lex Hüne anlangt, an welche mich der Herr Kollege Meyer soeben erinnert, so habe ich von Anfang an betont, daß ich mich auf den Augenblick freuen würde, wo wir aus dem unvollkommenen Zustand herauskommen und zu einem besseren übergehen könnten, wo wir namentlich dauernde Ueberweisungen erhalten werden. Die Art und Weise, in welcher mein Antrag wegen Regelung der Grund- und Gebäudesteuer im vorigen Jahre hier im Hause angenommen wurde, hat nach den Worten der Thronrede dahin geführt, mit der Reform der Einkommensteuer vorläufig noch zurückzuhalten. Ich begrüße diese Aeußerung der Thronrede mit Freuden, denn für solche gesetzgeberische Maßregeln sind Grundlagen nötig, welche der einzelne Abgeordnete sich nicht schaffen kann. Die Grund- und Gebäudesteuer halte ich für die ungerechteste Steuer und ich glaube, daß jetzt die Zeit ist, mit der Steuerreform vorzugehen, denn eine Steuerreform soll man eintreten lassen, wenn man Geld hat. Die Thronrede hat eine Aufbesserung der Beamtengelder verheißen; wir werden die Vorlage der Regierung darüber erwarten und uns mit ihr verständigen. Ich wünsche aber, daß die Regierung dabei auch der Steuerreform gedenken und uns die Steuerreformvorlage recht bald zugehen lassen möge. (Beifall im Zentrum.)

Die inzwischen festgestellte Rednerliste ergibt 8 Redner gegen und 10 Redner für den Etat.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freis.) ist in den meisten Punkten mit dem Vorredner einverstanden, will sich daher kurz fassen. Redner mahnt gleichfalls zur Vorsicht, da Rückschläge nicht unmöglich wären. Betreffs der landwirtschaftlichen Verhältnisse und Getreidezölle kommt er dem Vorredner unbedingt zu, dagegen bestritt er, daß keine Verminderung des Brennweizenverbrauchs festgefunden habe. Die Börsensteuer könne noch weit höhere Erträge abwerfen, als jetzt, und die Reichseinnahmen würden gewiß überhaupt ohne Belastung der weniger wohlhabenden Volksklassen gesteigert werden können; vorläufig aber müßten die Einzelstaaten sich auf Erhöhung der Matrikularbeiträge gefaßt machen. Die Wünsche auf Tarifherabsetzung der Eisenbahnen seien deshalb auch zur Zeit zurückzuweisen, da dadurch ein erheblicher Ausfall an Einnahmen herbeigeführt werden würde. Redner wünscht Aufhebung der lex Guene und Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Gem.verbände; damit hätte auch Herr v. Guene seine lex selbst kassiert. Damit in Verbindung müßte natürlich die Reform der direkten Steuern vorgenommen werden. Die Umwandlung der preussischen Eisenbahn-Prioritäten in 3proz. Konfols sei eine ebenso besonnene als gegenwärtigste Maßregel gewesen, allerdings werde durch derartige Konvertierungen das Publikum zum Ankauf von unsicheren Industriepapieren gedrängt. Auch dieser Redner begrüßt die vorgenommenen Gehaltssteigerungen mit Freuden, obwohl dieselben nicht durch eine gar nicht bestehende Theuerung motiviert werden dürften. Im Ubrigen seien sie aber dringend nötig und sollten je eher, desto lieber durchgeführt werden. (Beifall.)

Abg. Richter befindet sich der in einer Stunde beginnenden Reichstagsungung wegen in einer peinlichen Zwangslage und bittet den Präsidenten, wenigstens morgen keine Staatsberatung ansetzen zu wollen, da im Reichstage wahrscheinlich das Sozialistengesetz beraten werden würde. Redner ist mit der Finanzlage zufrieden, um so weniger begreife er die Me-

Schleier mit einem Zuge auf dem Schleifstein Bahnhofs ein, um wiederum vom Schleifstein Bahnhofs aus mit dem nächsten Zuge nach Hamburg weiter zu dampfen. Seine Habseligkeiten, welche jedwede noch in einem fremden Koffer mit sich, da er in seiner Heimath zweifellos von „gereiften“ Kisten, die vielleicht schon einmal in Berlin waren“, gehörig „verpackt“ worden war, wie er sich bei seiner Ankunft in Berlin zu verhalten habe, so war sich unser junger Auswanderer völlig sicher, ließ sich bei seiner Ankunft in Berlin auf dem Schleifstein Bahnhofs von dem dienstthuenden Beamten der Polizei mit Grandezza eine Droschkennleuchte geben, übergab dem Führer der ihm dadurch überwiesenen Droschke seinen Koffer und glaubte nun augenscheinlich seiner Pflicht genügt zu haben, denn — Noth und Reiter sah man wenn auch nicht niemals, so doch sobald nicht wieder. Als nämlich der nächste Droschkenfahrgast vergeblich auf die Wiederkunft des Auswanderers und dessen weitere Befehle gewartet hatte, so entschloß er sich, den Koffer als „Fundgegenstand“ im Fundbureau des Vereins Berlin-er Droschkenfahrer abzuliefern, wo er denn auch gahlche Aufnahme fand, glücklicherweise jedoch nur für kurze Zeit, denn nach an demselben Tage meldete sich unser Schleifer, der nach mancherlei Irrfahrten und Abenteuer endlich doch zur Kenntlich seiner künftigen Lage gekommen war und seinen so lange getreuen, in Berlin ihm aber entwickelten Reisekoffer abzugeben suchte, um sein Eigentum zu rekonstruieren. Groß war die Freude des Wiedersiehenden, die aber gleich getrübt wurde durch die Entdeckung, daß der bisherige Freund nur gegen Erstattung der Verfassungskosten des Koffers im Betrage von 425 M. der Freiheit wiederzugeben werden könne, bis zur Erlegung dieses Betrages aber als Arrestant im Fundbureau verbleiben müßte. Schwere Sorgen löste nun der Jüngling aus Schleifers seinen Reisekoffer aus und zog mit ihm in alle Welt hinaus, versichernd, daß ihm das nicht zum zweiten Male passieren solle! Armer Schleifer! Wer weiß, was Deiner jenseitig des großen Wassers noch für Ueberraschungen und Verirrungen warten!

Korbbaum und — Hypothek. Vor einigen Wochen kaufte der bekannte Berliner Hausmaler B. auf einer Güternauktion einen ihm wohl bekannten Gärtner, der früher ein Grundbesitzer war, das aber zur gerichtlichen Zwangsversteigerung gelangte, wobei eine für B. eingetragene Hypothek von 2000 M. auftrat. Der Gärtner hatte unter anderen Sachen auch einen prächtig gezeichneten Korbbaum ausgekauft, der allgemeine Bewunderung fand und auch mit einem der ersten Preise ausgezeichnet wurde. Dem B. gefiel das Bäumchen ebenfalls, und da der Besitzer desselben keineswegs in Verfall gekommen war, welche ihm ermöglichen, ausgefallene Hypotheken zu bezahlen, so machte B. den Vorschlag, als Kaufpreis für den Baum die alle Hypothek herauszugeben. Dem Gärtner blieb natürlich nichts anderes übrig, als auf diesen Handel einzugehen, denn wenn er das Korbbaum ausfallen, so machte er sich, daß B. gerichtlich gegen ihn vorgeht. Nach dem Abschluss der Angelegenheit wanderte also der Korbbaum nach B.'s Wohnung im Tiergarten-Viertel und hier fand bereits ein prächtiges Porzellanstück, in welches der Baum aus dem Holzstück umgesetzt wurde. Der Gärtner war zwar vor dieser Prozedur, aber B. bestand darauf und ließ prächtig die stattliche Baum in dem Porzellanstück. Der Gärtner schickte mehrmalig mit dem künftigen Hypothekendokumente nach. Aber schon nach einigen Wochen bekam er ein Schreiben von B., worin dieser ihm ein baldigen Besuch bat. Da seinem demnachstigen Erscheinen in der B.'schen Wohnung hat sich dem Gärtner ein trauriges Bild; der schöne Baum hatte seinen Blätterkranz abgeworfen und stand da, fast wie ein Korbbaum. „Nun sehen Sie doch“, meinte B., „dem Baum sind ja die ganzen Blätter ausgefallen.“ „Ja nun“, meinte ironisch der Gärtner, die Hypothek, die Sie dafür bezahlt haben, war ja auch ausgefallen.“ — Schaffen Sie mir den selben Strauch aus den Augen“, schrie ärgerlich Herr B. und der Gärtner ließ sich das nicht zweimal sagen. Sorgfältig wurde der Baum aus dem eleganten aber unzerbrechlichen Porzellanstück genommen, seine Wurzeln wurden vorsichtig eingepackt und heute steht er in einem gut bedingten Fleck im Treibhaus des Gärtners, der die kühne Hoffnung hat, ihn bald wieder auf eine Ausstellung zu schicken zu können.

Schaufastendiebstahl haben am Montag Abend den in der Schlegelstraße 44 wohnenden Optiker G. schwer geschädigt. In einer geradezu grenzenlosen Frechheit haben die Schaufastendiebe zwischen 8 und 9 Uhr Abends, während auf der Straße ein äußerst lebhafter Verkehr herrschte, den Schaufenstern des erwähnten Optikers erschrocken, nachdem sie nicht weniger als vier Sicherheitsklösser und außerdem noch ein Schloß an der Thür des Kastens entfernt. Dann haben die Diebe, deren es mehrere gewesen sein müssen, den Inhalt des Schaufensters, bestehend aus optischen Apparaten, Thermometern, Brillen, Operngläsern u. s. w., gestohlen und sich damit entfernt. Vermuthlich, weil die Beute eine zu große und zu schwer zu tragen war, haben die Schaufensterner einen Theil der gestohlenen Gegenstände hinter der Haus Thür des einem Fuhrmann gehörigen Grundstücks der Voßgrabenstraße 43. Durch Zufall fanden spielende Kinder diese Sachen und so konnten dieselben bald dem Diebe zurückgestellt werden. Die Diebe, welche wohl Lunte gefochten haben, kehrten nicht wieder zurück, um die verbliebenen Beute zu holen.

Ein Hund als Lebensretter. Das anhaltende und vorgerückte Alter eines Hundes alarmirte am vorgestrigen Samstag den Bewohner eines Hauses in der Berlinerstraße in Nordost. Der Hund wurde aus ihrer Nähe gestrichen, wobei noch dem Hund ein Brandgeruch um, welcher aus einer in der 2. Etage gelegenen Wohnung kam, an deren Thür der heulende Hund klopfte, der sich bei dem Herannahen von Personen sofort beruhigte, während aus dem Zimmer leises Stöhnen drang. Man die Thür erdrach und die Wohnung betrat, drang dem Eintretenden ein erschütterndes Qualm entgegen; ein in dem Zimmer befindliches Bett stand in vollen Flammen und auch die Wände waren bereits von dem Feuer ergriffen; auf dem Boden lag an der Thür lag ein dreijähriger Knabe bereits in einem Korb, während in einem Korb ein etwa 14-jähriges Kind, welches sich für kurze Zeit aus ihrer Wohnung entfernt und der Knabe hatte Gelegenheit gefunden sich Streichhölzer zu verschaffen, mit welchen er spielen, den Brand verursachte. Das Kind wurde durch den Hund zu Hilfe gerufenen Personen, die Feuer zu löschen und einem herbeigerufenen Arzt, die Lebensgefahr abzuwenden, welche sich jetzt außer Lebensgefahr befand.

Vertrauen des durchgegangenen Desfrantanten sind weitere, sehr interessante Nachrichten hier einzufließen. Zunächst hat die geschickte hiesige Firma aus Triest die Meldung erhalten, daß bei dem Verhafteten inzwischen noch 100000 M. vorgefunden worden seien. Fernere Meldungen darauf hin, daß Kumppe den „wilden Mann“ zu spielen versuche. Einer der Inhaber der geschädigten Firma, der gemeinlich auf einer Geschäftsreise begriffen und nach Triest gekommen war, hatte sich dort nämlich seinen ungetreuen Kommis anvertraut lassen, wobei letzterer sich ganz eigenartig benommen hatte. Als Kumppe aus dem Gefängnis in das Zimmer des Untersuchungsrichters gebracht worden war, richtete er an den Richter die Frage: „Was soll dem heute wieder für eine Strafe zugehen?“ Kumppe ließ nun den früheren Chef des Durchgängers eintreten; Kumppe sah diesen klar an, und als er gefragt wurde, ob er den Herrn kenne, gab er zur Antwort: „Nein, ich kenne ihn nicht; was will der Mann von mir? Und er blieb, trotz eindringlichen Zurdens dabei, daß sein früherer Chef ihm völlig fremd sei. Aber auch schon vor seiner

Festnahme hat Kumppe in Triest ein sonderbares Benehmen gezeigt; es scheint, daß ihn der Besitz des vollen Geldes stark verwirrt habe. Er verschwendete dasselbe in unkluger Weise, hielt sich wie Diener in Voree, von denen ihm einer — beiläufig bemerkt — mit 1000 M. durchgegangen ist. Ferner soll Kumppe einem Koffer und einigen Wobühligkeitsartikeln erhebliche Geschenke zugewendet haben. Unter diesen Umständen erscheint die Angabe des Desfrantanten, daß er einen großen Theil seiner Beute bei verschiedenen Banken deponirt habe, höchst unwahrscheinlich, man darf vielmehr annehmen, daß er das Geld bis auf die bei ihm vorgefundenen 100000 M. und die ihm bei der Verhaftung abgenommenen 650 Gulden in der Zwischenzeit auf unkluge Weise vergeudet hat.

Ein paar „schwere“ Jungs. Namens Schumann und Werner, hien augenblicklich hinter Schloß und Riegel. Es sind dies jene Eindredler, welche im Dezember vor. J. eine ernste Thätigkeit besonders im Südosten Berlins entwidelt und hierbei es hauptsächlich auf Goldsachen und Juwelen abgesehen hatten, bis ihnen eines Tages die Kriminalpolizei das Arbeiten als „Goldgräber“ gründlich legte. Werner pflegte sich an die betreffenden Wohnungen zu begeben, denen er einen diebischen Besuch abzustatten gedachte. Ward ihm auf sein Klingeln geöffnet, so fragte der elegant gekleidete Herr Eindredler nach einem Architekten Namens „Schulz“; der Kollektivmensch wohnte selbstredend nicht dort. Traf Werner indessen Niemand zu Hause, so machte er sich, während sein Genosse „Schmiede“, ganz schleunig an die Arbeit und binnen wenigen Minuten hatte er die Werkstätten in den Wohnungen sich angeeignet. Nahezu 10 deraartige Fälle sind dem Diebsteher „Duo zur Last gelegt worden und es dürfte demnach ein Waffendiebstahl- Prozeß wiederum in Ansbicht stehen.

Von einem Pferdebesten vollständig verqu coast wurde in der Gehen Frankfurterstraße der in der Andreasstraße wohnhafte 49-jährige Weber Diebsteher. Derselbe schlenderte in angelegentlichem Zustande auf dem Strahndamm, als plötzlich ein Pferdebesten im schnellen Trab daherkam und den B., der trotz Rußens und Klingelns nicht aufwachte, so unglücklich zu Boden warf, daß der Wagen über ihn fortfuhr und derartig zurechtete, daß D. sofort nach dem Städtischen Krankenhaus im Friedrichshain überführt werden mußte. Dasselbe wurden seitens der Aerzte außer sehr schweren inneren Verletzungen zwölf Rippenbrüche konstatiert, jede Rippe für sich war außerdem noch zwei- bis dreimal gebrochen und Herz, Lunge und Leber zu einer Masse zusammengedrückt. Nach Ansicht der Aerzte soll seit Jahren ein so schrecklicher Unglücksfall nicht vorgekommen sein. D. ist bereits gestorben.

Ein bedauerlicher Unglücksfall trat sich am Sonntag um die Mittagszeit auf dem Grundstück Zimmerstr. 37 zu. Auf demselben betrat sich die Puffsedelarbeit und Färberei von D. Reuter & Co., und in dieser waren mehrere Angehörige derselben damit beschäftigt, den Dampfessel zu reinigen und namentlich den darin angelegten Kesselstein zu entfernen. Als man an die Reinigung des Wasserstands ging, welche mittelst eines 1 1/2 Meter langen Drahtes bewerkstelligt wurde, stellte sich heraus, daß das Rohr hart durch abgelagerten Kesselstein verengt sei, und der Werkmeister W. näherte sich demselben, um in das Rohr hineinzusehen. In diesem Augenblick stieß der sich im K. st. befindende Heiser nochmals kräftig mit dem Draht zu, die Steinmasse zerbröckelte und mit scharfer Behemung fuhr das spitze Eisen dem W. in das linke Auge, unter dem Augenfelde tief hineindringend. Ohnmächtig sank der Unglückliche zusammen. Hilfe war glücklicherweise sofort zur Hand und schleunig wurde W. in ein Krankenhaus überführt; sein Zustand soll, trotz sorgfältigster Behandlung ein überaus bedenklicher sein.

Selbstmord. Eine äußerst aufregende Szene spielte sich gestern Mittag gegen 12 Uhr am Oranienplatz ab. Zur genannten Zeit kam aus der Dresdenerstraße heraus in steigender Hast eine etwa 45-jährige elegant gekleidete Dame, lief schnell auf den erhöhten Fußgängerweg der Oranienbrücke und ehe es noch Jemand zu verhindern vermochte, stürzte sie die Ueberkante in die Fluthen. Sofort machten sich mehrere der mit ihren Rähnen dort ankommenden Schiffer daran, die Lebensmilde, welche nicht wieder zum Vorschein kam, dem seuchten Grabe zu entreißen; doch gelang es leider erst nach halbständigem Suchen, den Körper der Frau herauszufischen. Die Leiche wurde zunächst an der Freitreppe des Kanals niedergelegt, um gegen 1 1/2 Uhr nach der Morgue überführt zu werden.

Beim Raupieren der Fahrkarten während der Fahrt verunglückte Sonntag Mittag ein Schaffner des Personenzuges Berlin-Magdeburg, der um 12 Uhr 30 Minuten den Potsdamer Bahnhof verließ. Auf der Station Friedenau, auf welcher der Zug nicht hält, glitt der Schaffner auf dem Trittbrett aus, fiel aber glücklicher Weise auf den Bahnsteig, wobei ihn der dicke Pelz vor gefährlicheren Folgen geschützt haben mag. Mit Hilfe zweier Bahnbeamten konnte der Verunglückte, der anscheinend nicht schwere Verletzungen davongetragen hat, in den gerade zur Abfahrt nach dem Potsdamer Bahnhof bereit stehenden Zug steigen, von wo seine Weiterbeförderung erfolgte.

In der Köse'schen Mordsache ging bei der Staatsanwaltschaft am Landgericht I wiederum eine Denunziation ein. Es geht daraus hervor, daß diese Affäre immer noch die Gemüther in Erregung hält. Dem Vernehmen nach wird übrigens diese Denunziation eine Verhaltung zur Folge haben.

Polizeibericht. Am 20. v. M. Nachmittags sprang ein Mädchen zwischen der Schloß- und Schloßbrücke in den Spreekanal und Abends ein Mann am Engelbuden in den Louisenstädtischen Kanal. Beide wurden noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach ihren Wohnungen gebracht. — Zu derselben Zeit wurde ein 13-jähriger Knabe in der eiterlichen Wohnung in der Wellermannstraße erhängt vorgefunden.

zu lassen, war die Firma nach längeren Verhandlungen bereit, auf den Abzug zu verzichten. Nunmehr erhoben aber die Arbeiterinnen die Forderung, 25 und 50 Pf. auf das Stück mehr zu erhalten. Daraus ging der Fabrikant nicht ein und die Arbeiterinnen verließen ohne Ausnahme die Fabrik. Zugug ist fern zu halten.

Achtung, Metallarbeiter! In der Metallschraubensfabrik von G. A. Sietzner haben sämtliche Arbeiter wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Näheres im Versammlungsbericht. Es wird gebeten, den Zugug fernzuhalten.

Versammlungen.

Die Militärschule der Berliner tagten am Montag Abend in Jordans Salon, um die bisherigen Resultate der Lohnbewegung festzustellen und weitere Schritte zu beraten. Der Andrang war so stark, daß die Thüren des Lokals schon vor Beginn der Verhandlungen geschlossen werden mußten. Ins Bureau wurden die Herren Koloff, Poitas und Gerwin gemah't. Letzterer gab ein kurzes Resumé der erreichten Resultate, welche im allgemeinen als recht erfreuliche bezeichnet werden könnten. Die Firma Gruber bezahle schon nach dem neuen Lohnarif; der Chef sei eben vom Hause aus Schneider und habe sofort anerkannt, daß die Forderungen gerechtfertigt sind. Mit der Firma Rodrecht sei auf eine Einigung zu hoffen; dieselbe wolle zwar zunächst mit den von ihr beschäftigten Arbeitern verhandeln, aber sie werde sich voraussichtlich einschließen, mit der Lohnkommission in Verbindung zu treten und den Tarif anerkennen. Bewilligen wollen: Winter, Rehler, Kühne, Ros u. Schulze, Wulferi, Alt, Senditz u. Hochheim, Senneke und Lukas. Junge will nur auf die Uniformen für Offiziere und Einjährige die Zulage gewähren, ebenso will die Firma Sachs in einzelnen Fällen den Lohn aufbessern. Trunz u. Bock sind bereit zur Erhöhung, wenn die anderen Geschäfte das Gleiche thun. Moor u. Speier wollen durchaus nur mit ihren Arbeitern die Sache regeln, ebenso Jonnhoff u. Schwarz, während die Firmen Krieger, Lubahn und Edenhoff den Tarif garnicht anerkennen wollen. Der Herr Puttmann ließ sich von uns nicht sprechen. Am Schluß wird uns der Kampf mit dem „Deutschen Offizierverein“ werden, welcher den dort beschäftigten Arbeitern selbst einen Lohnarif vorlegen will. Wir haben bei dem ersten Direktor, General von Webers, schriftlich angefragt, ob der Verein geneigt sei, nach dem präfixirten Tarif zu zahlen; darauf ist uns in einem Schreiben die Antwort zu Theil geworden, daß der Verein es ablehnen müsse, mit Schneidern in Verbindung zu treten, die keine Beziehungen zum „Deutschen Offizierverein“ haben. Das Direktorium kenne nur seine eigenen Arbeiter und habe nur für diese Fürsorge zu treffen. — Herr Dents hat seinen Arbeitern empfohlen, unsere Versammlungen nicht zu besuchen; er werde sich mit ihnen schon einigen, und Herr Dahms haben uns erwidert, daß sie nur Kleidungsstücke für Subalternbediente anfertigen lassen, für welche die Preise sehr herabgedrückt seien; sie bezahlten schon höhere Löhne als die Konkurrenz. — Die Diskussion gestaltete sich zu einer sehr interessanten. Herr Schulz kennzeichnete es als eine traurige Thatsache, daß der „Offizierverein“ nur mit „seinen“ Arbeitern unterhandeln wolle; es gewinne danach den Anschein, als ob er mit den Löhnen nicht an die Oeffentlichkeit treten wolle. Gerade dieses Institut hätte die Verpflichtung, mit besseren Löhnen voranzugehen. Wir müssen Kritik darauf achten, daß unser Tarif auch von diesem Verein vollständig anerkannt wird. — Herr Kroll: Die Arbeiter sind es doch nur aneulern, welche den „Offizierverein“ groß gemacht haben. Wenn wir nicht mehr für diese Herren arbeiten, dann können sie einfach mit ihrem Geschäft einpacken. Mit den Herren Lubahn und Puttmann werden wir schon fertig werden. Es liegt gar keine Veranlassung für sie vor, gegen den geringen Preisausschlag zu sein, denn wir sind in einem Industriezweig thätig, der für Leute produziert, die sich gar nicht weigern können, die wenigen Groschen mehr zu zahlen. Mögen doch die Herren nicht mehr arbeiten lassen, die Arbeit wird trotzdem gemacht werden. Wenn sie wüßten, was es heißt, 14-16 Stunden zu arbeiten und trotzdem nicht mehr wie 4 M. durchschnittlich zu verdienen, würden sie wohl kaum Widerstand leisten. Wir werden fest zusammenhalten und sie werden bewilligen müssen. — Herr Prudler: Das Resultat ist nicht unzulässig und mit dem „Offizierverein“ werden wir es auch noch schaffen. Wir machen ihm einfach die „Bade“ zu, indem wir die von ihm beschäftigten Kollegen in Werksstätten unterbringen, welche den Tarif bewilligt haben. Wenn es diesem Verein gelingen könnte, billiger arbeiten zu lassen, würde es nicht nur zu unserem, sondern auch zum Ruin der anderen Geschäfte führen. — Herr Zäterow: Der „Offizierverein“ scheint etwas von der bekannten Schneiderei an sich zu haben, die wenig für einen Geschäftsbetrieb geeignet ist. In dem ersten Stadium seines Bestehens hat der Verein eine Reinkultur mehr gezahlt wie andere Geschäfte und dieser Umstand war der verlockende Köder für die Arbeiter, den Verein groß zu machen. Die Herren haben den übrigen Geschäften bereits eine ruhige Konkurrenz gemacht und würden die schließlich ganz verdrängen, wenn wir uns auf Lohnrüderereien einlassen wollten. Die Bewegung unter den Kollegen berechtigt zu den besten Hoffnungen, halten wir das Solidaritätsgefühl hoch und hoffend Sieg muß uns bleiben. — Der Vorsitzende verliest einen Brief von Kollegen aus Karlsruhe, welcher sich in zutimmender Weise über das Vorgehen der Berliner Kollegen äußert. — Herr Prudler: Von Seiten des Herrn Sachs soll behauptet worden sein, daß seine Arbeiter bis 45 M. wöchentlich verdienen hätten. — Der Herr hat jedenfalls nicht daran gedacht, daß dann 22 Stunden täglich gearbeitet worden ist und das Frau und Gehilfen mitgearbeitet haben. — Herr Kroll und Herr Schulz wenden sich ebenfalls gegen die Firma Sachs, welche die sogenannten Sachsmannarbeiten hatte, für die nur niedrige Arbeitslöhne gezahlt wurden. Herr Sachs liefert außerdem seinen Arbeitern sämtliche Nähmaterialien, damit, wie er sagt, nur gute Zustände genommen werden. — Herr Leonhardt (Buchhalter) bei der Firma Gebr. Dahms: Ich bin bei Sachs 10 Jahre gewesen und weiß, daß er an der Seite nichts verdient. — Herr Zäterow: Ich möchte den Herrn Prudler fragen, um wieviel billiger die Gebr. Dahms die Schuhmannarbeiten angenommen haben, welche über bei Eduard Sachs angefertigt wurden. — Herr Leonhardt: Um die Lieferung aus „Judenhänden“ zu bekommen, mußten wir billiger sein. (Unruhe). — Herr Kroll: Die weihen Juden sind nicht besser wie die schwarzen. Herr Leonhardt sollte doch lieber dafür sorgen, daß seine Firma den Tarif bewilligt. Wenn bei der Lieferung von Nähmaterial nichts verdient wird, wäre es doch besser, wenn die Beschaffung den Arbeitern überlassen bliebe. — Herr Zäterow: Wie ich hörte, sollen die Schuhmannarbeiten von den Gebr. Dahms um 35000 M. billiger übernommen worden sein; wer wird die Differenz zu tragen haben? Jedenfalls doch nur die Arbeiter, denn die christlich-sozialen Herren Dahms werden sie nicht tragen wollen. Sie sind uns auch noch den Beweis schuldig geblieben, daß sie uns bessere Löhne zahlen wollen als Eduard Sachs. — Herr Prudler stellte den Antrag, die anwesenden Kollegen vom „Offizierverein“ darüber besonders abstimmen zu lassen, ob sie sich mit dem neuen Lohnarif einverstanden erklären und denselben durchführen wollen. Der Antrag wurde angenommen.

politische Gesinnung hingewiesen, worauf Major Ulrich erwidert hat: Bei den Landtagswahlen brauchen Sie ja nicht zu wählen und bei den Reichstagswahlen weiß ja Niemand, wem Sie Ihre Stimme gegeben haben. Der Zeuge ist aus Furcht vor der angeblichen Konfession dem Verein dann beigetreten. Auch der letzte Zeuge, der frühere Stadtoerordnete, Vorsteher S a y m a n n zu Oberswalde hatte von einigen Leuten gehört, daß der Kommerzienrat Schreiber die Vergabung seiner Arbeiten von der politischen Gesinnung und der Bewerber abhängig macht. — Der Staatsanwalt Dr. O p p e r m a n n hielt den Wahrheitsbeweis nicht für soweit erbracht, daß man ihn als gelogen bezeichnen könne. Der Inhalt des Artikels sei durchweg beleidigend und wenn ein liberaler Mann einen kontervativen als „reaktionär“ bezeichne, dann habe er auch die Pflicht, ihn zu beleidigen. Er beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. — Der Verteidiger, R. A. Dr. F l a t a u, plädierte für Freisprechung, indem er sich auf die durch die Beweisaufnahme festgestellte Thatsache berief. Der Gerichtshof erkannte auf eine Geldstrafe von 50 M. Der Artikel sei im Ganzen genommen, beleidigender Natur, jedoch solle zu Gunsten des Angeklagten ins Gewicht, daß er wohl annehmen konnte, die Strafantragsteller hätten sich nicht in den Grenzen einer sittlichen Agitation gehalten, denn die Beweisaufnahme habe zweifellos ergeben, daß seitens einiger Vorstandsmitglieder zu Drohungen und Versprechungen gegriffen worden sei.

Versammlungen.

Die freie Hilfskasse der Maurer, Steinbauer, Gypser und Stuckateure Deutschlands (Zentrale Berlin II) hielt am Sonntag, den 12. Januar cr., in Zentner's Lokal, Mühlstraße 11, seine Vierteljahrsversammlung ab. Der Vorsitzende Herr B r a u m eröffnete die Versammlung um 11 1/2 Uhr und giebt die Tagesordnung bekannt wie folgt: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1889. 2. Bericht über die Thätigkeit der Kommission freier eingeschriebener Hilfskassen. 3. Verschiedenes. — Nach Genehmigung des Protokolls der vorigen Versammlung, gegen welches keine Einwendungen erhoben wurden, gelangte die Abrechnung durch den Kassirer Herrn S c h e r l i n g zur Verlesung. Die Abrechnung stellt sich wie folgt: Einnahme 377 M. 80 Pf., Bestand 392 M. 54 Pf., zusammen 770 M. 34 Pf. Ausgabe 470 M. 34 Pf., an die Hauptkasse eingekandt 300 M., zusammen 770 M. 34 Pf. Dem Kassirer wurde Decharge erteilt. — Zu Punkt 2 erhält das Wort der Kollege S c h m i e d e l. Er betont den Fortschritt, der durch die Vermittlung der Kommission den Mitgliedern der freien Hilfskassen geboten werde. Die theueren Honorare der Aerzte, namentlich den Hilfskassen gegenüber, gab Veranlassung zur Bildung dieser Kommission und es ist der Vermittlung derselben zu danken, daß in Berlin bereits eine ganze Anzahl von Aerzten, die Mitglieder freier Hilfskassen, sowie deren Familienangehörige bedeutend billiger behandelt. Ebenso ist es mit verschiedenen Bandagisten und Optikern. Nur bei den Apothekern ist noch Nichts erreicht, da der Berliner Apothekerverband eine Verständigung in dieser Angelegenheit abgelehnt hat. Es existiren nur noch ungefähr 50 Apotheken in Berlin, die nicht zum Verbands gehören, und da muß eben mit jeder einzeln verhandelt werden. Ein Inhaber einer solchen Apotheke hat sich dem Redner gegenüber dahin geäußert, daß er bereits für Kassen Medikamente mit 25 pCt. Ermäßigung verkaufe. Redner bemerkt ferner, daß sich die betreffenden Erkrankten durch Vorzeigen eines Arztes - Bescheinigung, welches bei dem Vorstand jeder Kasse zu haben ist, legitimiren zum Zwecke der Honorarermäßigung. Außerdem sollen sich die Erkrankten nicht von den Aerzten über's Ohr hauen lassen, sondern stets auf die in dem Verzeichnis aufgeführten Honorare besinnen. Redner macht auf einige Jagdregeln aufmerksam, welche die vereinbarten Abmachungen nicht innegehalten haben, mithin zu meiden sind. Es sprechen sich nun mehrere Redner dagegen aus, daß man die Mitglieder freier Hilfskassen gewissermaßen kennzeichnen müsse, bei den Aerzten durch Vorzeigung einer Legitimation, bei den Apothekern durch schlechtere Verpackung der Medikamente. Hiergegen vermahnt sich Herr Schmiedel, man möge nicht etwa der Kommission einen Vorwurf machen, deren Handeln nur von rein menschlichen Grundätzen geleitet werde; außerdem habe er noch bekannt zu geben, daß die Freunde der Naturheilmethoden ihre Lehrer resp. Aerzte angewiesen haben, mit der Kommission in Verbindung zu treten. Zu Verschiedenem geißelt Herr Braum (Bevollmächtigter) das Verhalten eines Dr. M., welcher schon vor einiger Zeit von der Filiale I als Vertrauensarzt ausgeschlossen ist. Dagegen spricht nun Herr Kruse. Es wird über den vom Vorstand eingebrachten Antrag, den Dr. M. als Vertrauensarzt zu streichen abgestimmt und wird derselbe gegen 1 Stimme angenommen. Ein Antrag des Kollegen Jänike, sämtliche im Arzteverzeichnis aufgeführten Aerzte als Vertrauensärzte anzusehen, wird angenommen. Kollege F. Grünberg macht noch auf die in Kraft getretenen §§ 17 und 18 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes aufmerksam. Der betreffende Erkrankte möge nicht vergessen, sich eine Bescheinigung des Tages der Erkrankung von dem Vorstand der betreffenden Kasse ausfertigen zu lassen. Letzterer ist bei einer Strafe von 100 M. verpflichtet, dies zu thun. Herr Braum giebt bekannt, daß die vom Vorstande beauftragten Krankensucher bei Nichtbeachtung der ihnen erteilten Aufträge Strafen bis zu 20 M. zu gewärtigen haben. Betreffs eines vom Kollegen Jänike angeregten Falles wegen Erhöhung des Krankengeldes, fordert der Bevollmächtigte Herr Braum die Kollegen auf, in der Versammlung von Filiale I. recht zahlreich zu erscheinen, um auf den dort zu wählenden Delegirten für die Generalversammlung in diesem Sinne einzuwirken. Die nächste Versammlung wird durch Anzeigen bekannt gegeben.

Der Fachverein der Steindrucker und Lithographen Berlins hielt am 16. d. M. in Jordan's Salon seine Generalversammlung ab, welche derartig stark besucht war, daß die Gallerien in Benutzung genommen werden mußten. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß das Mitglied Kollege Burgdorf am 27. Dezember v. J. verstorben ist. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Zu Punkt 1 der Tagesordnung gab der Kassirer, Kollege W e l, den Kassendbericht vom verfloßenen Quartal. Die Einnahme betrug 339 M. 50 Pf., die Ausgabe 440 M., 58 Pf., bleibt ein Ueberschuß von 124 M. 91 Pf. (inkl. alten Bestand). Unter den Ausgaben befinden sich 187 M. Weihnachtsunterstützung für 8 arbeitslose Mitglieder. Dem Kassirer wurde einstimmig Decharge erteilt. Sodann berichtete der Vorsitzende über die Verlegung des Arbeitsnachweises und führte die Gründe an, welche den Vorstand bewegen haben, den Arbeitsnachweis nach dem Restaurant Kuhlberg, Rosenstr. 30 zu verlegen. Er brachte eine Kommission zur Verwaltung desselben in Vorschlag. Ein Antrag gelangte zur Annahme, daß Kollegen, welche sich im Arbeitsnachweis als arbeitslos haben eintragen lassen, und dennoch die Druckereien ablaufen, aus denselben gestrichen werden. Zur Verwaltung des Arbeitsnachweises wurden folgende Kollegen gewählt: Die Steindrucker Spielmann, Jäger, Knaack, Lidde, Jarmuzewitsch und die Lithographen Strepp, Breuk, Bissegang und Brandt. Mit dem Verlegen der Bibliothek nach dem Vereinslokal (Jordan's Salon) erklärte sich die Versammlung einverstanden. Als Bibliothekare wurden die Kollegen Faltel, Schieusner und Wendel (Lithograph) gewählt. An Stelle des bisherigen Revisors Faltel wurde Kollege Rimbolt gewählt. Die Ausgabe der Bibliothekbücher findet an jedem Versammlungsabend statt. Unter „Verschiedenes“ wurde den freitenden Redner-

fürdern eine Unterstützung von 50 Mark bewilligt. Kollege Leulshor regte die Frage an, ob unsere nächste Versammlung, welche statutengemäß am 20. Februar, also am Tage der Reichstagswahl, stattfinden müßte, nicht verlegt werden könne; die Versammlung sprach sich für die Verlegung aus. Der frühere Kollege, jetzige Restaurateur Sixtus Herrmann wurde seiner beleidigenden Aeußerung wegen, welche er sich in der letzten öffentlichen Versammlung über den Vorstand des Fachvereins bedient hat, aus dem Fachverein auf einstimmigen Beschluß ausgeschlossen. Kollege Gent forderte die Vertrauensleute auf, die Listen zum Winterfeste beim Kollegen Rone, Falkensteinstr. 19, abzuliefern und die Billets in Empfang zu nehmen. Zu den Vorlesungen in der Urania sind Billets zu 20 Pf. für die Vereinsmitglieder zu haben, und Bestellungen sind darauf beim Vorlesenden, Herrn Sillier, Grimmstr. 7, zu machen. Die nächste Versammlung findet am 18. Februar in demselben Lokal statt.

Fachverein Sammllicher an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigter Arbeiter. Am Montag, den 13. Januar, tagte im Söger'schen Lokal, Grüner Weg 29, die Generalversammlung des Vereins. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Stadio, Lutzer über „Gewerbeschiedsgerichte“. 2. Diskussion. 3. Kassendbericht. 4. Bericht des Arbeitsnachweiskomitees. 5. Ersatzwahl des Vorstandes und Wahl eines Arbeitsnachweiskomitees. 6. Verschiedenes und Fragekasten. Der Vorsitzende begrüßte die Kollegen in neuen Jahre und konstatierte, daß der Verein im vergangenen Jahre in erfreulicher Weise zugenommen hat. Immerhin aber sei der Verein noch nicht stark genug, um die Ziele, welche sich derselbe gestellt hat, auszuführen zu bringen und forderte auf, dahin zu agitiren, daß der Verein groß und stark werden möge. Die sodann folgende Berichterstattung über den Kassendbericht ergab folgendes: Kassendbestand vom vorigen Quartal 399 M. 40 Pf.; eingenommen für Beiträge 126 M. 60 Pf., für Einschreibegeld 25 M. 50 Pf., Summa 551 M. 50 Pf.; Ausgaben 271 M. 17 Pf., bleibt Kassendbestand 280 M. 33 Pf. Nachdem die Richtigkeit dieser Abrechnung von den Kontrolleuren bestätigt war, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Hierauf sprach der Referent zum ersten Punkte der Tagesordnung unter großer Aufmerksamkeit der Versammlung in längerer Rede über die Handhabung der Gewerbeschiedsgerichte in verschiedenen Städten. Er erteilte großen Beifall und wurde ihm vom Vorsitzenden der Dank der Versammlung ausgesprochen. Folgende Resolution wurde angenommen: Die General-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und ersucht die Arbeiter-Stadtoerordneten, dahin zu wirken, daß in der betreffenden Vorlage (Gewerbeschiedsgerichte) die Paragraphen, welche vom Regierungs-Präsidenten beanstanden sind, (Wahlrecht der 21jährigen, aktives und passives Wahlrecht für Frauen und richterliche Eidesabnahme der Gewerbeschiedsgerichte wieder aufgenommen werden.) Zu Punkt 5 wurde als 2. Vorsitzender Herr Karl Freese und in das Arbeitsnachweis-Komitee Herr Teschner gewählt. Es wurde bekannt gemacht, daß vom 1. Februar 1890 ab ein Arbeitsnachweis für den Norden errichtet wird und zwar im Lokal des Herrn Peterson, Veteranenstr. 22. Es wurden folgende Herren ins Arbeitsnachweis-Komitee gewählt: Winte, Fischer, Grabowsky, Pohl, Gerlach, Hamn, Häfcher. Hierauf theilte der Vorsitzende mit, daß die nächste Versammlung am 27. d. M. stattfindet und zwar Schmederstraße 23 bei Lehmann und ersuchte die Kollegen recht zahlreich zu erscheinen.

Der Gauverein Berliner Bildhauer hielt am 14. Januar seine Jahres-Generalversammlung ab, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75. Auf der Tagesordnung stand: Kassendbericht, Erledigung etwaiger Anträge und Verschiedenes. Nachdem der Vorsitzende einige geschäftliche Mittheilungen gemacht hatte, verlas Kollege Roswig den Kassendbericht der Lokalkasse sowie des Unterstützungsvereins des verfloßenen Jahres, dieselben sind von den Revisoren geprüft und bestätigt und wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Hiernach zahlte der Verein im vergangenen Jahr an Unterstützungen für hilfsbedürftige Kollegen 331 95 M., an Streifenunterstützungen 1366,60 M., für die Bibliothek wurden verausgabt 514,85 M. und ist der Werth derselben jetzt ca. 3000 M. An Reiseunterstützungen wurden 768 M. gezahlt. Der Mitgliederstand war vom Anfang des vor. Jahres von ca. 500 auf die beträchtliche Höhe von 900 gestiegen, ist aber infolge des Streiks durch Abreise der Kollegen um Schluß des Jahres auf 858 gesunken. Hierauf machte Kollege Hirsch den Bericht der Bibliothek und war der Bestand derselben am Schluß des vorigen Jahres 51 Bände in 146 Manen, an Werken in Bänden waren vorhanden 249, an Heften 58, an Photographien 383, an Holzsnitte 88, Handzeichnungen 138 Stück. Benutzt wurde die Bibliothek im Jahre 1889 1499 mal gegen 1340 im Vorjahre. Hierauf machte die Unterrichtskommission einen Bericht über ihre Thätigkeit und wurden durch Vermittlung derselben 7 Vorträge und 2 Vorlesungen gehalten sowie 4 Exkursionen veranstaltet. Vergnügungen hielt der Verein im letzten Halbjahr 2 ab, Kommerz und Weihnachtsfest. Bei der Stellenvermittlung der Bildhauer Berlins waren im letzten Halbjahr 890 Stellen eingelaufen, davon für Berlin 751, für Außerhalb 79. Dagegen suchten 986 Kollegen bei der Stellenvermittlung um Arbeit nach und gehörten davon 824 dem Gauverein, 7 dem Ortsverein und 155 seiner Vereinigung an. Hierauf anschließend machte der Vorsitzende einen kleinen Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes des letzten Jahres. Im Punkt Anträge wurde auf Antrag Dupont eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Dudo, König und Dupont, zur Ausarbeitung eines neuen Statuts für den Lokalverein. Ferner wurde folgender, für die Mitglieder des Ortsvereins, der Bildhauer sehr bedauerlicher Antrag des Kollegen Storch angenommen: „Stelle den Antrag, den Mitgliedern des Ortsvereins der Bildhauer, welche gewillt sind, bis 1. April d. J. dem Gauverein beizutreten, das Eintrittsgeld zu erlassen und dasselbe aus der Lokalkasse zu zahlen.“ Kollege Donath machte sodann die Mittheilung, daß ein unseren Bestrebungen fern stehender Kollege die Zeit in frivolster Weise ausnützt, indem er die Kollegen in den Wohnungen oder Werkstätten besucht, unter dem Vorwande, von der Kommission geschickt zu sein um Streifenelder einzusammeln und dasselbe einfach unterschlägt, es dient dies den Kollegen zur Kenntniß, um denselben eventuell festnehmen zu lassen. Hierauf folgte die Wahl des Vorstandes und wurde der Kollege Brendts zum 1. Vorlesenden, Göbel zum 2. Vorlesenden, Kollege Kühling zum Kassirer, die Kollegen Winkler und Borchum zu Schriftführern, die Kollegen Hilbrandt, Blaska, Fiebig und Rühmet zu Revisoren gewählt. Das Amt der Revisoren nahmen an die Kollegen Wiener, Dagenstein, Müllinger und Donath. Das Amt als Verwalter blieb in Händen des Kollegen Eißler, derselbe wurde per Affirmation hierzu wiedergewählt. Im Verschiedenen wurde noch einmal aufmerksam gemacht auf die Beschlüsse der letzten öffentlichen Bildhauer-Versammlung, wonach jeder reichlich denkende Kollege verpflichtet ist, nur durch die Stellenvermittlung der Bildhauer Berlins Arbeit zu nehmen, alles Ansuchen in den Werkstätten, sowie die Vermittlung der Prinzipale zu benutzen oder durch Zeitungsinserte Arbeit zu finden, ist absolut verwehrt. Insbesondere wurde die Firma Ferdinand Voigt, Alte Jakobstraße, ersucht, dieselbe haben wegen Verletzung eines Kollegen (Kommissionsmitglied) sämtliche Kollegen, 26 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt, und wurde ein Appell an die Kollegen gerichtet, nur durch oben bezeichnete Vermittlung Arbeit zu nehmen. Nachdem noch ein Kollege mit 15 M. unterstützt, und beschlossen wurde, 300 Billets a 50 Pf. zur Urania für den 23. Februar anzukaufen, schloß die Versammlung um 1 Uhr Nacht.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der und Schankwirths Berlins und Umgegend hielt am 17. Januar, Nachmittags 4 1/2 Uhr, im Restaurant Dresdenerstr. 116, eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Kassendbericht des Kassirers der Revisoren. 2. Welche Nachhilfe hat der Kassirer durch die Viehsteuer? Referent Herr Krüger. 3. Angelegenheiten. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Zum Punkte der Tagesordnung verlas der Kassirer Kollege Eitel den Vierteljahrsbericht, welcher ergab, daß ein Bestand von 70 Pf. bleibt. Seitens der Revisoren wurde die Richtigkeit der Abrechnung bestätigt und wurde dem Kassirer beanstandet Decharge erteilt. Hierauf erhielt der Referent Krüger das Wort. Der Vortragende etwa einleitend sagte, daß er sich in kurzer Diskussion die Ehre erlaube, die Rede für die Kollegen E. Böhl an, E. Böhl an. Im Laufe der Rede führte Kollege E. Böhl an, daß man sich zu bestimmen wisse, die auf ihre Fahne geschrieben habe: „Schaffung aller indirekten Steuern.“ Der überwachende Beamte löste hierauf die Versammlung auf Grund des Sozialistengesetzes auf.

Der Fachverein der freien Vereinigung aller chirurgischen Branches beschäftigten Deutscher hielt am 14. d. M. seine Generalversammlung im Lokal von Ringstr. 11, ab. Tagesordnung: Kassendbericht. Der Kassendbericht des ganzen Vorstandes, Verschiedenes. — Der Kassendbericht lautete über 8240 M., der Revisorenfonds 47 M. Die Revisoren hatten alles für richtig befunden, somit dem Kassirer Decharge erteilt werden. — Gewählt wurde Schmädicke, erster, Behnke, zweiter Vorsitzender; Fendel, O. Wille, zweiter Schriftführer; Adamjenski, erster, zweiter Kassirer; Birch, Weber, Fiebig, Beiführende; Lobener, Kraumann, Revisoren. Sodann verließ den ersten Kassirer im Amte. — Unter „Verschiedenes“ theilte der Kollege Schäfer mit, daß die Billets zur Urania ausgegeben sind, ohne daß alle Kollegen beschickt worden wären. Deswegen wurde Kollege Schäfer gebeten, 50 Billets nachzubestellen. Kollege Hirsch hob hervor, daß die unserer produzierten Waare seit einigen Jahren um 20 pCt. gesunken sind, also daß dadurch der Druck für den Arbeiter immer offener zu Tage tritt und viele Beschäftigten nachhelfen muß. Zuletzt lud Kollege Schmädicke alle Mitglieder zum 15. März d. J. ein, an unserem Sitzungslokal zu erscheinen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der vierarbeiter hielt am Montag, den 13. d. M., im Müller'schen Salon, Alte Jakobstr. 43a, eine Generalversammlung ab. Zum 1. Punkte der Tagesordnung erhielt Robert Schmidt das Wort, welcher in eingehender die Vereinsthätigkeit im letzten Jahre darstellte. Der Verein hat eine so hohe Mitgliederzahl früher noch nie erreicht, als die der Vorjahre. Einnahmen hat der Verein im letzten Unter-Bilanz abgeschlossen, welche auf die vielen Streikszuführen ist. Redner richtete noch einen Appell an die Mitglieder, recht fleißig für den Verein zu agitiren, fand er sehr bemerklich, daß viele Kollegen den Verein verlassen und meißende Rath betrachten, die Vereinsinteressen aber zu fördern. Kollege Paul berichtete über die Thätigkeit der Rechtschutz-Kommission im verfloßenen Jahre. Alsdann theilte Kollege S p a r e l d wiederholt recht reger die Vereinsinteressen zu benutzen und beschwerte sich über einige Vereinskollegen, die bisher aus der Bibliothekentnahme, aber sehr lössig die Billets liefern sind. Es ist sofort vorgelommen, daß er sich die Billets selbst hat holen müssen. Jeden Donnerstag findet ein Abendkaffee statt, an welchem sich die Kollegen recht reger betheiligen. Es wurden sodann 11 neue Mitglieder aufgenommen. Dem Kassirer wird für seine Abrechnung vom letzten Unter-Bilanz Decharge erteilt. Kollege Heinrich wurde zur Vermittlung der Arbeitsvermittlungskommission wiedergewählt. Den freitenden Outmachern zu Lindenwaide wurden 200 M. und den freitenden Wiener Perlmutterarbeitern 100 M. beizugeben. 7 Kollegen erhielten Krankenunterstützung. Ein Antrag, die Gunsten der Reichstagswahlen eine Versammlung auszuführen, wird angenommen.

Briefkasten.

- Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Cultivierung beizubehalten. Antwort wird nicht erteilt.
- J. J. 84. Sie sind berechtigt, Lohnentföhdigung zu verlangen.
- O. W. 1. Daß Sie keine Steuern gezahlt haben, nicht Ihnen keineswegs Ihr Reichthumswahlrecht. 2. Die von Kaiserin bezog keine staatliche Pension. Prinzen und Prinzessinnen beziehen überhaupt als solche kein Einkommen vom Staat.
- E. Die Abrede, daß der Arbeiter die Kündigung innehalten muß, der Arbeitgeber aber sofort j dergest eintritt, ist rechtsgültig. Haben Sie sich einer so harten Bestimmung durch Unterschrift unterworfen, so können Sie Lohnentföhdigung verlangen, auch dann nicht, wenn die Lastwage wegen Krankheit erfolgte.
- Simg. Zu mündlicher Beantwortung Ihrer zahlreichsten Fragen sind wir bereit.
- P. 100. Als Proletarierkrankheit bezeichnet man die Schwindsucht, weil sie in den Kreisen der schlecht gehaltene, schlecht wohnenden, in schlechter Luft arbeitenden Bevölkerung die meisten Opfer fordert.
- B. B. Vegetarier oder Vegetarianer, aber nie Vegetabilianer.
- Mr. 101. Am 2. Februar 1886.
- J. S. Ihr Brief ist besorgt.
- Mr. S. Sattler. Sie sind wahlberechtigt.
- Mr. 1000. Gesellschaft Vereine, a. D. Rauchclubs dürfen keiner polizeilichen Anmelde g.
- E. S. Howanes. Wir müßten das Statut der betreffenden Krankenkasse ansehen, um Ihre Frage beantworten zu können.
- F. S. Natürlich kann der Wirth das Bett eines Schlafenden, wenn derselbe im Laufe des Monats nach Zahlung des vollen Monatsgebühres ansprogen ist, benutzen, nur muß das Bett auf Verlangen des Schlafenden diesem zur Verfügung stellen.
- W. S. Widersprechen Sie der Kündigung, zu welcher von Ihnen mitgetheilten Kontrabsbestimmungen der Wirth kein Recht hatte.
- Guchholt. Kann ohne rühere Kenntniß der Einzelheiten nicht beantwortet werden. Zu mündlicher Auskunft sind wir bereit.
- J. S. Das Mädchen hat für ihr zweites uneheliches Kind keine Ansprüche zu verlangen.
- J. J. 84. Siding. Strafgebet für Zuspätkommen kann der Fabrikant, wenn die Fabrikordnung nichts Anderes bestimmt, in seine eigene Tasche stecken.
- S. S. Die Rechtsanwaltskosten betragen bei einem Objekte unter 20 M., wenn entweder Kontrabs o sich verhandelt ist, d. i. wenn beide Parteien entgegengesetzte Anträge gestellt haben, oder ein Vergleich geschlossen ist, 4 M. In gar nicht verhandelt worden, 2 M., bei der Segner anerkannt, 3 M. We der dieser drei Fälle vollsteht, löst sich aus Ihrer Darstellung nicht ergeben.
- E. S. 100. Die Forderung ist erst im Jahre 1880 entstanden, sie jährt also erst am 31. Dezember 1889.